



Nr. 1-2 | Jahrgang 57 | Januar/Februar 2005 | D 4713

metall

Das Monatsmagazin

Ältere im Betrieb

Weg vom Jugendwahn

Ratgeber spezial

Lohnsteuer

► **Kfz-Handwerk Ost**
Aktionen gegen Tarifbruch

► **Medien**
Das Netzwerk der Sabine Christiansen

+++Tipps+++Beratung
+++Freibeträge+++
Software+++

»Mehr und nicht weniger«

metall-Titel 12/2004: Mitbestimmung: Angriff der Arbeitgeber

► »Mitbestimmung ist ein Irrtum der Geschichte«. Lässt man sich diese Worte auf der Zunge zergehen, könnte man glauben, dass die Zeit 50 Jahre zurück gedreht wurde. Die Worte der Modernisierer Rogowski, Hundt aber auch Clement und Merz, sind nahtlos übertragbar auf Textpassagen, die schon ganz andere Herrschaften von sich gegeben haben.

Ich warte mit Spannung darauf, wer von den überragenden Modernisierern als Erster vorschlägt, das Dreiklassenwahlrecht wieder einzuführen.

Heinrich Krichel, Lampertheim

► Ich stimme den Kollegen Peters und Huber zu, dass wir alle Anstrengungen für den Erhalt, Ausbau und die Sicherung

Gleichzeitig beklagen sie sich über die Kaufzurückhaltung der Bürger. Die Arbeitnehmer sollen immer mehr arbeiten, jedoch nicht mehr verdienen, während Manager-Gehälter in keinem Verhältnis zur erbrachten Leistung stehen.

Helmut Buse, Remscheid

► Brutalmögliche Aufklärer, Berufsschösel und bornierte Geisteskastraten gab es schon einmal in dieser Republik, das schreckliche Ergebnis dürfte allen bekannt sein. Was in unserem Land vor sich geht, entspricht vergangenen Zeiten. Die Aufweichung und Zerschlagung des Tarif- und Arbeitsrechts sind erste Schritte dahin, aus einer Bananenrepublik ein Schweinestadt zu machen. Wie weit soll das noch gehen?

Alfons A., Nürnberg

Arthur Degener, Bochum

»Die so genannten Manager sollten entlassen und durch normal Bezahlte ersetzt werden.«

der Mitbestimmung brauchen. Die Titelgeschichte bringt es auf den Punkt: »Mehr und nicht weniger«.

Erwin Ebeling, Hagen

► Was soll das Geschrei? Wir leben in einem System, das aus Wölfen und Schafen besteht. Die Wölfe erleben im gegenwärtigen politischen Klima eine starke Population und werden immer skrupelloser. Die Masse der Schafe zahlt dafür den entsprechenden Preis – bis zum physischen Ende.

Rolf Stephan, Gießen

► Die so genannten Wirtschaftsführer und deren Lobbyisten jammern bis zum geht nicht mehr über zu hohe Lohnkosten in Deutschland.

► 40 oder mehr Stunden die Woche zu arbeiten – und das für das gleiche Geld. Nicht krank werden und am besten den Tarifierurlaub verfallen lassen, denn: Die Firma könnte ja pleite gehen. Die Menschen, die noch Arbeit haben, sind froh, wenn sie sie nicht verlieren. In harten Auseinandersetzungen haben wir Gewerkschafter die tarifliche Leistungen – berechtigt – erkämpft. Jetzt sollen sie abgeschafft werden, denn dadurch sollen Arbeitsplätze entstehen. Fragt sich bloß, wo?

Andreas Böhme, Uslar

Erpressbar

metall 12/2004: Bonus-Regelung: »Eigene Leute besser behandeln«

► Im ersten Moment finde ich die Bonus-Regelung gut. Sie



Berlin: Kundgebung des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung unter dem Motto »Pro Mitbestimmung« anlässlich des Arbeitgebertags

kann Beschäftigte dazu bringen, in die IG Metall einzutreten. Aber könnte sie nicht auch dazu führen, dass Unternehmen in Zukunft nur noch Nicht-Mitglieder einstellen werden?

Andreas Herden, Köln

► Mit diesem Ergebnis hat die IG Metall den Konzernherren signalisiert, dass die Gewerkschaften erpressbar sind, was für alle Beschäftigten in unserem Lande katastrophale Folgen haben wird.

Wann endlich begreifen unsere Funktionäre, dass die Herren des Kapitals auf Kosten der Beschäftigten eine neue Strategie praktizieren, um ihre Gewinne zu maximieren? Die Arbeitsplatzgarantien sind haltlose Versprechen, weil es in einer kapitalistischen Wirtschafts(un)ordnung keine Arbeitsplatzsicherheit gibt.

Karl Bühn, Möglingen

Gravierender Fehler

metall 12/2004: Opel: Zähes Ringen um Zukunftsvertrag

► Betriebsbedingte Kündigungen sind durch die Gründung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen bei Opel vorerst vom Tisch. Auch ist von großzügigen Abfin-

dungsregelungen die Rede. Aber, dass die Betriebsräte dieses Teilverhandlungsergebnis akzeptiert haben, ohne General Motors wenigstens eine zeitlich befristete Bestandsgarantie für alle Opelwerke in Deutschland abzurufen, ist ein gravierender Fehler.

Dagegen hat der Konzern sein Ziel erreicht: Er kann 10 000 Menschen von seiner Lohnliste streichen.

Helmut Schneider, Simmozheim

Skandalös

metall 12/2004: Die neuen »Fashion Kolonien«

► Der Bericht über die skandalöse Situation osteuropäischer Textilarbeiterinnen belegt eindrucksvoll, dass der Spruch »Sozial ist, was Arbeit schafft«, die Krone für die wohl dümmste politische Aussage des Jahres 2004 gebührt.

Rasmus Helt, Hamburg

metall-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Fax: 069-6693-2000
E-Mail:
metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Die vollständige **metall**-Ausgabe steht auch im Internet.

Editorial

Solidarität ist gefragt

► Das alte Jahr endete mit einer Katastrophe. Eine Flutwelle tötete mehr als 250 000 Menschen in Asien. Sie nahm Millionen von Menschen Familie, Job und Zuhause. Sie brachte uns Bilder von Verzweiferten. Bilder, die sich tief in unser Gedächtnis einbrannten. Um so unverständlicher ist die Studie einer Bank in Singapur. Sie vergleicht die wirtschaftlichen Folgen der Lungenseuche SARS mit den Folgen der jüngsten Flutwelle und kommt zu dem Schluss: SARS sei viel schlimmer gewesen.

► Das Argument: nicht auf die Anzahl der Opfer, sondern auf die Folgen in den Wirtschaftsmetropolen kommt es an. Will heißen: Das Leben eines armen Fischers ist weniger wert als das eines global-agierenden Geschäftsmanns, der sich die Lungenkrankheit in Hongkong einfängt und in die Büros der New Yorker Wall Street trägt.

► Solche Gedanken sind unmenschlich. Wie kann man nur das eine Leid mit dem anderen

vergleichen? Solche Gedanken zeigen eines: Sie entlarven die Brutalität der Börse und der Globalisierung, die Fratze des Kapitalismus.

► Solche Aussagen machen deutlich: Unsere Solidarität mit den Ärmsten, mit den Schwachen ist gefragter denn je. Und zwar überall dort, wo sie unsere Hilfe brauchen. Und derzeit besonders auf Sumatra und Sri Lanka. Deshalb spendete die IG Metall spontan 50 000 Euro für die Flutopfer. Das Geld wird auf ein DGB-Solidaritätskonto überwiesen. Auf dieses Konto werden auch die anderen Gewerkschaften spenden. Mehr dazu auf den Seiten 5 und 6.

Die Redaktion

Ausstieg

Die Lügen der Atomindustrie und warum die Atomenergie so gefährlich ist.

Seite 8



Foto: Winfried Rothert



Foto: Frank Becker

Angespißt

Qualitative Schreibgeräte sind ein Exportschlager. Dennoch drohen die Arbeitgeber mit Auslagerung.

Seite 22



Foto: Kristina Jentzen

Anfang

Die IG Metall hat mit der Hamburgerin Jutta Blankau endlich eine Frau an der Spitze eines Bezirks

Seite 31

Magazin

Tarifkonflikt im Kfz-Handwerk Ost . . . 4
Opel: Zwischen Bangen und Hoffen . . 5
Hartz IV: Die Proteste. 6
Nebeneinkünfte von Politikern. 7

Das Thema

Atomstrom:
Von der Lüge bis zum Ausstieg. 8

Zur Sache

Jürgen Peters:
Wir haben Alternativen. 10

Streitfrage

Leitkultur statt Multikulti? 11

Report

Mitbestimmung:
So wichtig sind Auskunftspersonen. . 12

Titel

Ältere im Betrieb:
Demographie und die Folgen 14

Betriebsreport

Gedas:
Ein Tarifabschluss mit Zukunft 19

Branchennews

Airbus:
Die Jobmaschine 20

Branchenreport

Schreibgeräte:
Fette Gewinne 22

Ratgeber

Das ändert sich 2005 24
Ratgeber für Arbeitslose 26
Impressum 26
Nix wie weg 27

Medien

Sabine Christiansen: Ihr Netzwerk . . 28

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel. . . 30

Porträt

Zu Besuch bei
Jutta Blankau 31

Regionales

Aus den Bezirken. 32
Lokales/Karikatur 35

Titelbild: Caro / Oberhaeuser

Kfz-Handwerk Ost

Innungen halten Beschäftigte hin

Im ostdeutschen Kfz-Handwerk (rund 100 000 Beschäftigte) haben die Arbeitgeber alle Tarifverträge gekündigt. Sie wollen mit der IG Metall auch keine mehr abschließen. Dies soll nun eine neu gegründete »Tarifgemeinschaft« tun, der sich die Betriebe freiwillig anschließen können. Ziel: Mehr Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen.

Die ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen der Branche sammeln jetzt ihre Kräfte. Eine Kostprobe ihrer Entschlossenheit bekamen die Arbeitgeber am 12. Januar. Um zur Gründungsversammlung der »Tarifgemeinschaft Mitteldeutsches Kfz-Gewerbe« zu gelangen, mussten sie an 250 ostdeutschen Metallerinnen und Metallern vorbei. »Wir fordern eine qualifizierte Tarifbindung durch die Mitgliedschaft in der

Innung«, forderten sie in einer Resolution. Insgesamt kamen zur Gründungsversammlung gerade mal 14 Arbeitgeber – bei 10 000 Betrieben. Olivier Höbel, Bezirksleiter der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen: »Innungen sind eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und haben gleiche Wettbewerbsbedingungen durch Tarifverträge herzustellen. Wenn sie das nicht tun, muss die Frage nach dem Sinn ihrer Förderung aus Steuergeldern erlaubt sein.«

Faktisch entkoppelt sich das ostdeutsche Kfz-Handwerk mit dem Coup von jedweder Tarifbindung. Dazu meint Gerd Schulz, IG Metall Bezirksleitung Berlin: »Damit gibt es im Kfz-Handwerk Ost keinen Flächentarif mehr, die Betriebe treten in einen ruinösen Wettbewerb ein.«



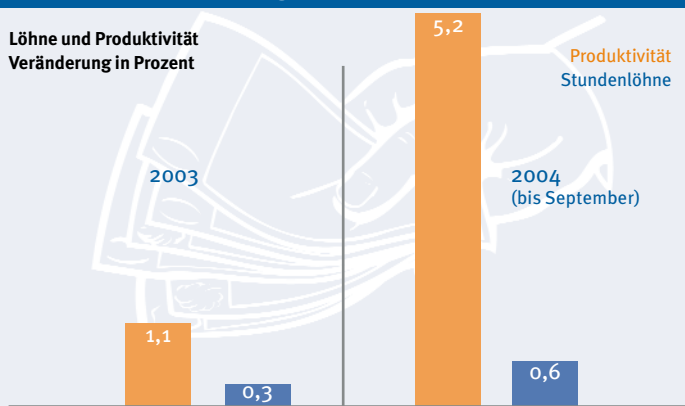
Protest in Möckern: »Ohne Tarifbindung droht eine Abwärtsspirale«

Wegen der Hinhaltetaktik der Arbeitgeber sind viele Beschäftigte in die IG Metall eingetreten. »Ohne Tarifbindung setzt eine Abwärtsspirale ein, von der niemand weiß, wo sie endet«, befürchtet Jürgen Leydecker von der Bezirksleitung Frankfurt. Sicher sei dabei nur der Ruin vieler Betriebe und mehr Arbeitslose.

Während sich der Konflikt im Osten zuspitzt, schielen die Arbeitgeber längst in den Westen. In Niedersachsen sind bereits zwei Innungen aus dem Kfz-Landesverband ausgetreten. In Bayern gibt es unter Führung der Innungsoberrmeister schon sieben tariffreie Innungen. So begann es auch in Ostdeutschland. ◀

Mehr Arbeit, weniger Lohn

Löhne und Produktivität
Veränderung in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres ist die Produktivität in der deutschen Metall- und Elektroindustrie um 5,2 Prozent gestiegen. Bis zum Jahresende wird der Anstieg voraussichtlich sechs Prozent betragen. Die Produktivität misst die

Leistung je Arbeitsstunde. Die Stundenlöhne stiegen von Januar bis September 2004 lediglich um 0,6 Prozent – weniger als tariflich vereinbart und kostenneutral von der Industrie verkraftbar ist. Wegen der flauen Lohnentwicklung stottert die Binnennachfrage. ◀

Kfz-Handwerk Bremerhaven

»Wir bereiten Streiks vor«

Die Arbeitgeber des Bremerhavener Kfz-Handwerks haben ihr Wort gebrochen und die Tarifverträge ersatzlos gekündigt. Für die Beschäftigten bedeutet das zehn bis 15 Prozent weniger Geld. Denn statt 35 Wochenstunden wie bisher sollen sie künftig 40 arbeiten.

Dabei hatte der zuständige Landesinnungsverband im Herbst Besitzstandsicherung zugesagt. Hans-Werner Schmolke, Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Bremerhaven: »Wir hätten eine Regelung mit 36-Wochenstunden akzeptiert, wenn sie auf neu Eingestellte beschränkt wird.« Offenbar

ging das den Arbeitgeber-Falken zu weit. Das Autohaus »Schmitt+Koch« (rund 700 Beschäftigte in 30 Autohäusern) jedenfalls zwingt seit Oktober unorganisierte Arbeitnehmer, wieder 40 Wochenstunden zu arbeiten – bei schlechter Auslastung. Für Metaller gilt der alte Vertrag, bis ein neuer vereinbart ist. Parallel ist die Firma aus dem Innungsverband ausgetreten.

Während Metaller mit Mahnwachen und Betriebsversammlungen protestierten, ist der Innungsverband abgetaucht. Kein Wort mehr von einem Kompromiss. Schmolke: »Wir bereiten uns auf Warnstreiks vor.« ◀

Hosen-Hiltl, Sulzbach-Rosenberg

Ex-CSU-Landrat geht Betriebsrat an

Die Geschäftsleitung von Hosen-Hiltl in Sulzbach-Rosenberg hat Betriebsratsvorsitzenden Werner Sperber gefeuert – um die Belegschaft einzuschüchtern.

Angeblich soll Sperber seine Pflichten als Betriebsratsmitglied grob verletzt haben. Hiltl-Generalbevollmächtigter Hans Wagner, früher CSU-Landrat, schickte dem Metaller daher die fristlose Kündigung. Außerdem verbot ihm die Geschäftsleitung, sich außerhalb des Betriebsratsbüros zu bewegen.

Tatsächlich hat Sperber nur seine Arbeit als Betriebsrat und Metaller gemacht – nicht immer im Sinne von CSU-Wagner. Jürgen Ganss, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Amberg,



Metaller Sperber: »Jede Unterstützung der IG Metall«

vermutet daher: »Sperber soll weg, damit leichter Personal abgebaut werden kann.«

Inzwischen hat das Amberger Arbeitsgericht in Anwesenheit von Betriebsräten aus der ge-

samten Oberpfalz entschieden: Sperber darf sich bei Hiltl frei bewegen. Im Februar wird die Kündigung verhandelt. Ganss: »Sperber bekommt jede Unterstützung der IG Metall.« ◀

Opel

Zwischen Bangen und Hoffen

Die Spekulationen über die Zukunft der Opel-Standorte Bochum, Kaiserslautern und Rüsselsheim reißen nicht ab. Neue Nahrung erhielten sie auf der Detroit Autoshow im Januar. Rick Wagoner, Chef der Opel-Mutter General Motors (GM), brachte dort wieder eine mögliche Werksschließung ins Spiel. Dabei hatten am 7. Dezember die im europäischen Arbeitnehmer-Forum zusam-

mengeschlossenen Betriebsräte und das GM-Europa-Management in einem Rahmenvertrag gemeinsam festgeschrieben, »betriebsbedingte Kündigungen und Werksschließungen zu vermeiden«.

Unterdessen verhandelt der Opel-Gesamtbetriebsrat weiter über mögliche Sanierungsbeiträge der Beschäftigten. In einem ersten Teilergebnis hatte man sich am 8. Dezember mit

der Unternehmensspitze auf einen Abbau von bis zu 6500 Arbeitsplätzen an den drei Standorten über den Weg freiwilliger Abfindungen und auf die Einrichtung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften verständigt. Verhandelt wird auch über mögliche Verkäufe und Joint Ventures. Die Verhandlungen, aber auch die Spekulationen dauerten bei Redaktionsschluss noch an. ◀

Siemens Communications

Abschied vom Handy?

Höchste Alarmstufe für die Beschäftigten bei Siemens Communications. Denn aus dem Siemens-Vorstand ist durchgesickert, dass der Konzern im Bereich der Mobiltelefonproduktion alle Optionen prüfe – auch Verkauf oder Schließung. Über 1000 Arbeitsplätze allein am Standort München sollen zur Disposition stehen.

Erst im Sommer 2004 waren die Siemens-Beschäftigten am Standort Kamp-Lintfort regelrecht erpresst worden, erhebliche Verschlechterungen bei Arbeitszeit und Verdienst in Kauf zu nehmen. Wolfgang Müller, Bezirksleitung München: »Statt weiter Abbauprogramme zu fahren, sollte Siemens COM eine Innovationsoffensive starten.« ◀



Handy-Produktion in Kamp-Lintfort: »Kein Personalabbau«

Außenansicht

Flutwelle

Schulden streichen

Die Flutwelle in Südasien hat die Verschuldung der Entwicklungsländer ins Blickfeld gerückt. Die täglichen Zahlungen für Zinsen und Tilgungen der armen an die reichen Länder sind viel höher als die einmaligen Zerstörungen, die die größte Naturkatastrophe anrichtet. Indonesien beziffert die Schäden durch die Flutwelle auf 2,5 bis 3 Milliarden Dollar. Gleichzeitig muss das Land jährlich 17 Milliarden Dollar für Zinsen und Tilgungen ans Ausland zahlen.

Die mehr als 250 000 Toten infolge der Flutkatastrophe sind unbegreiflich. Aber: Jede Woche sterben weltweit mehr Menschen an Hunger, Unterernährung und leicht vermeidbaren Krankheiten als an dieser Flutwelle. Mindestens ein Viertel bis ein Drittel der täglich 30 000 Verhungerten gehen auf das Konto der Überschuldung, weil die Mittel für Ernährungssicherung, Impfungen und Gesundheitsstationen fehlen. Bisher sind die Gläubiger nicht bereit, die Schuldenkrise ernsthaft zu lösen. Wir brauchen internationale Verfahren, in denen nicht nur die Gläubiger entscheiden. Die Streichung der Schulden der Bundesregierung würde rund 1,7 Milliarden Euro über 20 Jahre kosten. Allein die letzte Stufe der Steuerreform 2005 kostet über 6,7 Milliarden Euro, die vor allem an die Reichen und Superreichen in Deutschland verschenkt werden. Die Streichung der Entwicklungsländerschulden ist bezahlbar. ◀



Philipp Hersel, Finanzmarktexperte bei attac

Köpfe

Tobias Graf (20), Technischer Zeichner beim Spritzgußhersteller »Arburg« (Loßburg, Baden-Württemberg), hat bei den Paralympics in Athen zwei Medaillen geholt: Beim 3000 Meter-Bahnradfahren gewann der Bein-Amputierte



Foto: Bonatti / Baron

Metaller Silber, über 1000 Meter Bronze. Graf, der vier bis fünfmal wöchentlich trainiert, hat große Pläne: »Erst kommt die Europameisterschaft, danach die Olympiade in Peking.« ◀

Wolfgang Becker (65), Metaller und bis 2011 Erster Bevollmächtigter der Karlsruher IG Metall, ist zusammen mit Ehefrau Rosita nach Sri Lanka geflogen. Sie wollen dort Flutopfern helfen. Beckers unterstützen seit zehn Jahren Menschen in Sri Lanka mit Geld- und Sachspenden sowie praktischer Hilfe. Becker: »Wenn im April die Regenzeit beginnt, brauchen die Menschen wieder ein Dach über dem Kopf.« ◀

Rainer Schnaars (56), Metaller und Betriebsratsmitglied beim Bremer Handwerksbetrieb Johann Osmer, darf sein Ehrenamt als Vizepräsident der Bremer Handwerkskammer wieder voll ausüben. Die Kammer hatte



Foto: FM

Schnaars Engagement auf 100 Jahresstunden eingeschränkt und damit die Mitbestimmung ausgehöhlt (**metall** berichtete). Nach Protesten hat die Vollversammlung der Kammer ihren Disziplinierungsbeschluss zurückgenommen. ◀

Hartz IV

»Jeder zweite Bescheid ist falsch«



Foto: picture-alliance/dpa/Seitink

Protest vor dem Arbeitsamt Berlin-Wedding: »Zügig nachbessern«

Rund 15 000 Erwerbslose in 83 Städten haben am 3. Januar gegen Hartz IV protestiert. Seit 2005 ist das umstrittene Gesetz in Kraft. Nach IG Metall-Recherchen haben die Arbeitsagenturen bisher rund 176 000 Anträge auf Arbeitslosengeld II abgelehnt – 6,5 Prozent.

Da viele Langzeitarbeitslose angesichts mangelnder Erfolgsaussichten erst gar keinen Antrag gestellt haben, liegt die tatsächliche Ablehnungsquote weitaus höher. Nach Angaben der Koor-

dinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen (Berlin) sind viele Bescheide zudem unverständlich und nicht nachprüfbar. »Jeder zweite Bescheid der Arbeitsagenturen ist falsch«, schätzt Monika Klahr. Viel Ärger verursachen auch Aufforderungen der Agenturen, in billigere Wohnungen umzuziehen. Im Landkreis Uckermark (Brandenburg) erhielt jeder dritte Erwerbslose so einen Brief.

Kein Wunder, dass sich viele Erwerbslose wehren: Rund

Fachhochschule Frankfurt am Main

Neonazi als Diplomand

Auf einem Zeitungsfoto hat ein Student der Frankfurter Fachhochschule seinen Kommilitonen Sören Brühl (32) entdeckt – und war geschockt. Denn Brühl, der gerade seine Diplomarbeit im Fachbereich Sozialarbeit schreibt, war auf dem Foto unschwer als militanter Neonazi erkennbar.

Die Frankfurter »Anti-Nazi-Koordination« hat daher die Studenten alarmiert. Denn nach Recherchen des Berliner »Antifaschistisches Pressearchiv« gehört Brühl der militanten Neonazigruppe »Schwarze Di-

vision« an; die Gruppe pflege einen »ausgesprochen paramilitärischen Habitus« und falle durch »sehr aggressives Verhalten« auf. Ende August soll Brühl am Rudolf-Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel teilgenommen und Gegendemonstranten angegriffen haben.

Für die Hochschulleitung kein Problem. Pressesprecherin Gaby von Rauner: »Die Hochschulgesetze erlauben nicht, jemanden wegen seiner Gesinnung auszuschließen«. Genau das erwarten die Nazi-Gegner. Katinka Poensgen, zweite Be-

Flutkatastrophe

Hilfe für die Opfer

Die IG Metall hat für die Opfer der Flutkatastrophe in Südostasien 50 000 Euro gespendet. Das Geld soll in den Katastrophengebieten zielgerichtet eingesetzt werden. Darüberhinaus ruft der IG Metall-Vorstand »alle Gliederungen und Mitglieder« auf, sich an weiteren Spendenaktionen zu beteiligen. Die Geldspenden können auf das folgende Konto überwiesen werden: »Gewerkschaften helfen e.V.«, SEB Düsseldorf, Konto 1756906 400, BLZ 30010111, Stichwort »Seebeben«. ◀

75 000 haben Widerspruch eingelegt. Kirsten Rölke, im IG Metall-Vorstand für Arbeitsmarktpolitik zuständig: »Wir werden die Bundesregierung an ihrer Zusage messen, bei Fehlentwicklungen zügig nachzubessern«.

Infos darüber, was bei Widersprüchen zu beachten ist, gibt es im Internet über www.erwerbslos.de.

Die Arbeitsagentur in Hanau lehnt es zudem ab – angeblich auf Weisung des Sozialdezernenten Erich Pipa – Mieten Erwerbsloser an Eltern oder Verwandte zu übernehmen. Ein Betroffener zu **metall**: »Ich habe den Petitionsausschuss des Landtags eingeschaltet.« ◀



Foto: FM

Diplomand Brühl: »Aggressives Verhalten bei Aufmärschen«

vollmächtigte der Frankfurter IG Metall: »Die Vorstellung, dass dieser Student mal ein Diplom erhält und Kinder unterrichtet, ist unerträglich.« ◀

Nachgefragt ...

Nebentätigkeiten in der Politik

Dubiose Politiker-Nebentätigkeiten kratzen am Ruf der Parlamentarier. **metall** sprach mit dem Parteienkritiker Hans-Herbert von Arnim, der in Speyer Öffentliches Recht lehrt.

metall: Verkaufen sich Politiker mit bezahlten Nebentätigkeiten an die Industrie?

Von Arnim: Abgeordnete in Deutschland genießen das Privileg, einen zweiten Beruf ausüben zu dürfen und daraus ein zweites Einkommen zu beziehen. Solange dem Zweit-Einkommen eine normale Leistung gegenübersteht, ist die Nebentätigkeit legitim.

metall: Und wann ist sie illegitim?

Von Arnim: Wenn der böse Schein entsteht, dass Politiker für das Honorar ihren politischen Einfluss verkaufen, beispielsweise Laurenz Meyer und Hermann Josef Arentz, oder die

»Politiker-Korruption nicht weiter tolerieren«

Fälle Viereck und Wendhausen in Niedersachsen. Wenn sich herausstellt, dass die beiden Landespolitiker für ihr Honorar nichts getan haben, müssen sie das Geld an die Landeskasse abführen – das verlangt das Abgeordnetengesetz.

metall: Das gilt aber nur in Niedersachsen.

Von Arnim: Ja, der niedersächsische Gesetzgeber ist der einzige, der die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes von 1975 halbwegs wirksam umgesetzt hat. Danach sind gesetzliche Vorkehrungen gegen politische Einflussnahmen zu treffen. Dass die Politik dreißig Jahre lang keine wirksamen Gegenmaßnahmen getroffen hat, ist skandalös.

metall: Die Bundestagsabgeordnete Ulrike Flach hat für Siemens gegen Honorar übersetzt. Legitim oder illegitim?

Von Arnim: Sie hat monatlich 5000 Euro erhalten und ist gleichzeitig Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Forschung. Dieser Ausschuss berät auch über Subventionen für Siemens. Alles spricht dafür, dass mit dem Geld auch politischer Einfluss gekauft werden sollte.

metall: Also Korruption?

Von Arnim: Wer seine Unabhängigkeit an einen finanzstarken Geldgeber verkauft, lässt sich korrumpieren; bisher ist diese Korruption nicht strafbar.

metall: Besteht Reformbedarf?

Von Arnim: Scheinarbeitsverträge



Von Arnim: »Sämtliche Nebentätigkeiten offenlegen«

sind zu verbieten, sämtliche Nebentätigkeiten der Politiker offenzulegen; dazu gehört auch, die Höhe der Honorare anzugeben. Politiker, die Korruption im heutigen Stil weiter tolerieren, machen sich mitschuldig. ◀

Ausbildungsbilanz

Clements skurrile Welt

Die zu Jahresbeginn veröffentlichte amtliche Ausbildungsbilanz bestätigt: Der zwischen Bundesregierung und Arbeitgebern vereinbarte Ausbildungspakt funktioniert nicht.

Nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung wurden im vergangenen Ausbildungsjahr lediglich 2,8 Prozent oder rund 15 000 Ausbildungsplätze mehr als im Vorjahr besetzt. Das reicht nicht einmal, um die demografisch bedingten 24 000 zusätzlichen Bewerber zu versorgen.

Auch die im Herbst gestartete Nachvermittlungsaktion hat wenig gebracht. Im Dezember suchten offiziell immer noch gut 33 000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Weitere 50 000 parkten in fragwürdigen Warteschleifen.

Selbst mit ihren im »Pakt« vor-

gesehenen Praktikas sind Arbeitgeber und Bundesregierung gescheitert. Statt der anvisierten 25 000 Praktikantenplätze wurden nur 7200 besetzt. Die eigentlichen Adressaten, Jugendliche mit Schulproblemen, wurden nicht erreicht. Offenbar wa-

ren viele nicht bereit, eine weitere Warteschleife zu drehen.

Dass Bundesregierung und Arbeitgeber angesichts des Desasters einen »Erfolg des Ausbildungspaktes im Jahr 2004« bejubeln, erscheint da skurril. IG Metall-Vorstandsmitglied Erwin Vitt: »Die zimmern sich ihre Ausbildungswelt zurecht, aber mit der Wirklichkeit hat das nichts zu tun.« ◀



Clement auf Werbetour für Lehrstellen in NRW: »Pakt« funktioniert nicht

MAN Weniger Azubis

Der MAN-Konzern hat in den vergangenen drei Jahren über 200 Ausbildungsplätze abgebaut, viele davon im vergangenen Jahr. Stefan Nietsch, Gesamt- und Konzern-JAV-Vorsitzender: »Der Bedarf an Ausbildungsstellen im Konzern ist weitaus größer als die Anzahl eingestellter Azubis. Offenbar glaubt der neue Vorstandsvorsitzende Hakan Samuelson, dass die Ausbildung – wie zu Hause in Schweden – Sache des Staates ist.« Im Geschäftsbereich Nutzfahrzeuge, für den Samuelson bisher zuständig war, ist die gesamte kaufmännische Ausbildung eingestellt. Der Bedarf soll mit Studenten abgedeckt werden. Aufgebrachte Auszubildende hatten daher im Sommer in Salzgitter mit dem Betriebsrat gegen den Kahlschlag protestiert. Nietsch: »Ohne unseren Widerstand hätte MAN noch mehr gewerbliche Ausbildungsstellen gekappt.« ◀

Das Märchen vom billigen Atomstrom



Foto: laif/fechner

Es war einmal. Strom zum Nulltarif. So das Schlagwort der 60er Jahre. Der Staat hatte sich nicht lumpen lassen und steckte rund 50 Milliarden Mark in die Förderung der Atomenergie. Und weil er gerade die Spenderhosen anhatte, übernahm er auch gleich die Endlagerungskosten für das verstrahlte Material.

Heute wissen wir es besser. Denn bei einer Endlagerungsdauer von 100 000 Jahren belastet dieser todbringende Sondermüll die nächsten 3333 Generationen von Steuerzahlern. Die enormen Gewinne der Stromkonzerne fließen in private Taschen, die Verluste werden sozialisiert. Von den hohen sozialen Kosten wie Todesfällen, Umweltverstrahlungen oder gar einem Super-Gau ist bei diesen Berechnungen noch gar nicht mal die Rede. Das unabhängige Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos in Basel beziffert die Gesamtkosten für das Unternehmen Atomenergie weltweit auf gigantische fünf Billionen Euro.

Das hält die Märchenonkels von der Atomindustrie nicht davon ab, weiter ihr Endlosband von der billigen Kernkraft runterzuspulen. Nur mal nebenbei: Für den Schnellen Brüter in Kalkar wurden weit über fünf Milliarden Euro Staatsknete in den Sand gesetzt, und vier Milliarden für den Hochtem-

So gefährlich sind Atomkraftwerke wirklich

Nach dem Unglück von Tschernobyl 1986 versicherten die deutschen Betreiber, dass ein solcher Unfall nur in osteuropäischen Atomreaktoren denkbar sei. Aber auch bei uns sind Unfälle möglich. So schrammte zum Beispiel Biblis 1987 an einer atomaren Katastrophe vorbei. Ein Jahr lang hielt die Betreiberin, die Elektrizitätswerke RWE, das Ausmaß des Unfalls unter dem Deckel. Über 3,5 Millionen Menschen in Weißrussland, Russland und der Ukraine sind an den Folgen der Tschernobyl-Verstrahlung erkrankt. Ein Drittel davon sind Kinder. 55 000 Menschen, die zu den Aufräumarbeiten abkommandiert waren sind tot oder sterbenskrank. Und ein Super-Gau droht überall. Denn die absolut sichere Technik gibt es nicht. Atomkraftwerke sind von Menschen geplant und gebaut; betrieben, gewartet und bewacht. ◀

peratur-Reaktor in Hamm. Dazu kommen Ausfallbürgschaften in Milliardenhöhe für deutsche Atomprojekte im Ausland. Jüngst geriet auch der Versuchsreaktor (AVR) in Jülich unter die Abrissbirne. Zur entsprechenden Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen höhnte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen in Düsseldorf, Rainer Briggen: »500 Millionen für die Beseitigung einer Atomruine, deren Errichtung nicht einmal zehn Prozent dieser Summe gekostet hat. Was sich anhört wie ein schlechter Witz ist die reale Folge einer irrsinnigen Atompolitik.«



► **Buch:** Holger Ströhm, »Die stille Katastrophe« bei www.zweitausendeins.de, Telefon 069-4208-000, 9,90 Euro

► **Internet:** www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Atomwaffen/atomkraft.html

Indirekt subventioniert wird die Atomindustrie auch durch die staatliche Übernahme von Versicherungsrisiken – sie ist von der Haftpflicht für die Folgen eines Super-Gaus befreit. Wenn es also mal knallt, wie in Tschernobyl, zahlen nicht die Verursacher, sondern wir Steuerzahler.

Kürzlich bekannte der frühere Atom-Lobbyist, Professor Jürgen Schmid vom Institut für solare Energieversorgungstechnik in Kassel: »Ich habe selber zehn Jahre in der Kernenergie gearbeitet und war damals voll überzeugt, dass die für unsere zukünftige Energieversorgung absolut notwendig und das Richtige ist. Ich denke, die Zeiten haben sich einfach gewandelt. Man hat die Gefährlichkeit dieser Technik erkannt, und vor allem, was ganz wichtig ist: Heute ist es tatsächlich möglich, mit erneuerbaren Energien die gesamte Versorgung zu handhaben.« Laut Schmid gaukelten die Öl-Konzerne uns vor, dass es für die kommenden Generationen so weiter gehen könnte. Aber selbst, wenn die Öl-Konzerne das Zehnfache von dem fänden, was sie derzeit für möglich halten, reicht es gerade noch hundert Jahre. Oder auch nicht – wenn China und Indien erst mal so richtig in Fahrt kommen.

Zwar wurde nach zähen Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den widerstrebenden Atom-Konzernen der Ausstieg aus der Atom-Energie beschlossen. Doch insgesamt dürfen danach die 20 deutschen Kernkraftwerke noch 2623 Milliarden Kilowattstunden Strom produzieren. Die Regellaufzeit eines jeden Reaktors wurde auf 32 Jahre begrenzt. Demnach würde der letzte und jüngste – Neckar-Westheim 2 – im Frühjahr 2021 vom Netz gehen. Bundesumweltminister Jürgen Trittin nennt den Kompromiss eine »historische Weichenstellung«. Aber aus Kreisen der Atomindustrie und den Unionsparteien verlautet bereits, dass wenn es einen Machtwechsel in Berlin geben sollte, der endgültige Ausstieg auf den St. Nimmerleinstag verschoben würde. Kürzlich ging die Meldung durch die Presse, dass

der frühere Direktor für die Aufräumarbeiten in Tschernobyl, Professor Wladimir Tschernonsenko, im Alter von 58 Jahren, an den Folgen seiner Strahlendosis gestorben ist. In einem Spiegel-Interview hatte er 1995 auf die



Nach der Katastrophe: ein zerstörter Klassenraum. Weitere Bilder in dem Buch: »Sperrzonen – Pripjat und Tschernobyl« bei Steidl Verlag

Frage ob die deutschen Kernkraftwerke sicherer seien, geantwortet: »Sie explodieren nur etwas später.« **Walter Schulz**

Die Argumente gegen den Atomstrom

Die AG Friedensforschung an der Universität Kassel veröffentlichte im September in Zusammenarbeit mit der Ärzteorganisation für die Verhinderung eines Atomkriegs und Eurosolar ein Hintergrundpapier mit folgenden atomkritischen Argumenten:

Sackgasse Atomenergie

Atomkraftwerke werden mit dem nur begrenzt vorhandenem Rohstoff Uran betrieben. In den etwa 440 kommerziellen Atomkraftwerken auf der Welt werden von dem Brennstoff pro Jahr rund 62 000 Tonnen gebraucht (die EU ist dabei mit 20 000 Tonnen Natururan). Diese Reserven reichen – je nach Ausbau der Kapazitäten – noch für etwa 20 bis 65 Jahre.

Hochstapler Atomkraft

Die Atomwirtschaft pocht immer auf ihrem gewichtigen Anteil an der Stromerzeugung. Der Energiebedarf der Menschheit erstreckt sich aber in weit höherem Maße auf Verkehr und Wärmezwecke (Kochen, Heizen, Industrie). Ganze 6,9 Prozent des globalen Energiebedarfs liefern Atomkraftwerke.

Risiko Atomkraft

Zahlreiche Sicherheitsstudien haben gezeigt, dass es in allen Atomkraftwerken zu Super-Gaus kommen kann, bei denen ein Großteil der lebensbedrohlichen radioaktiven Stoffe in die Umgebung freigesetzt wird. Die Technik kann versagen, die Menschen machen Fehler, Terroristen steuern einen Jumbo-Jet auf ein Atomkraftwerk.

Müllmacher Atomkraft

Jedes Atomkraftwerk verwandelt durch die Kernspaltung Uranbrennstäbe in extrem langlebigen, hochradioaktiven Sondermüll. Weltweit entstehen in den 440 Atomkraftwerken pro Jahr rund 8300 Tonnen Abfall mit dem tödlichen Plutonium-239. Das macht nach einer Betriebsdauer von 35 Jahren rund 290 000 Tonnen an lebensbedrohender Strahlenmasse. Und gefährdet die Menschheit für hunderttausende von Jahren.

Klimaflop Atomkraft

Seit Jahren leiert die Atomlobby uns immer wieder vor, dass die Atomenergie wichtig sei, um eine Klimakatastrophe

zu verhindern. Freilich müssten dazu bis zu tausend neue Kernkraftwerke gebaut werden, um alle fossilen Stänkerer wie Kohlekraftwerke zu ersetzen. Undenkbar. Und was ist mit Milliarden Autos und Milliarden Schornsteinen, die die Luft verpesten?

Arbeitsplatz Atomkraft

Beispiel Deutschland: In der Atomindustrie sind rund 30 000 Menschen beschäftigt. Zum Vergleich: Die Windenergiebranche zählt bereits über 60 000 Beschäftigte. Und in den kommenden zehn bis zwanzig Jahren wird mit rund 500 000 Arbeitsplätzen in Betrieben für erneuerbare Energien gerechnet.

Alternativen zur Atomkraft

Das theoretisch verfügbare Energieangebot von Sonne, Wind, Wasser, Biomassen, Gezeitenströme und Erdwärme ist 3000 mal größer als der derzeitige Weltenergiebedarf. Das zeigt, dass eine vollständige Deckung dieses Bedarfs mit erneuerbaren Energien problemlos lösbar ist. Man muss es nur wollen. ◀



**Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall**

Foto: Annette Homischer

**Nur eine mitgliederstarke
IG Metall kann auch in
Zukunft Reformkraft und
Gegenmacht sein**

750 000 Unterschriften haben die DGB-Gewerkschaften im vergangenen Jahr für das Arbeitnehmerbegehren gesammelt – davon alleine die IG Metall über eine halbe Million. 750 000 Stimmen für eine andere, für eine soziale Politik: Das ist ein Erfolg. Denn wir haben es uns nicht leicht gemacht. Wir haben nicht einfach Nein gesagt. Wir haben vielmehr differenzierte Vorschläge auf den Tisch gelegt. Vorschläge für eine gerechte

dass Spitzenverdiener sich über Steuergeschenke in Milliardenhöhe freuen, während Arbeitslosen, Rentnern und Kranken die Leistungen gekürzt werden.

Die Bilanz des vergangenen Jahres gibt uns recht. Bei 1,7 Prozent Wirtschaftswachstum stiegen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um fast elf Prozent. Das war der höchste Zuwachs seit 1989. Dagegen wuchsen die Arbeitnehmerentgelte überhaupt nicht. Der private Konsum sank um 0,3 Prozent.

Neue Arbeitsplätze entstanden deshalb nicht – trotz Exportboom. Im Gegenteil: Die Massenarbeitslosigkeit ist sogar noch gestiegen. Die verschärften Arbeitsmarktgesetze haben daran nichts geändert. Auch Hartz IV wird die dringend benötigten, anständig bezahlten Arbeitsplätze nicht schaffen.

Was wir brauchen, ist eine Politik, die die Sozialpflichtigkeit des Eigentums im Grundgesetz ernst nimmt. Die den Interessen von Millionen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes Vorrang gibt vor den

Alternativen für eine solidarische Politik

Steuerpolitik, eine solidarische Gesundheitsversorgung, eine soziale Alterssicherung und für eine solidarische Gestaltung von Arbeitszeiten, die Arbeitsplätze sichert.

In Betrieben, in Fußgängerzonen und auf Veranstaltungen wurde über unsere Forderungen diskutiert. Politikerinnen und Politiker haben sich mit unseren Vorschlägen auseinandergesetzt. Kurzum: Wir haben eine gesellschaftliche Debatte über Alternativen zum Aktionärskapitalismus angestoßen. An diesen Erfolg können wir anknüpfen.

Auch im neuen Jahr wollen wir engagiert für unsere solidarischen Reformalternativen werben, Menschen überzeugen und Bündnispartner gewinnen. Denn wir können uns nicht damit abfinden, dass die einen immer mehr und immer länger arbeiten müssen, während die anderen auf der Straße stehen und keine Zukunftsperspektive haben.

Wir können uns nicht damit abfinden, dass die Unternehmensgewinne kräftig steigen, während die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stagnieren. Und wir können uns nicht damit abfinden,

Interessen weniger Großaktionäre. Die den Sozialstaat solidarisch und gerecht erneuert.

Dafür setzen wir uns mit dem Arbeitnehmerbegehren ein und suchen den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen.

Es reicht aber nicht, nur gute Vorschläge zu machen. Wir brauchen auch die Macht, um Arbeitnehmerrechte zu verteidigen und Druck für unsere Forderungen machen zu können.

Auch im neuen Jahr müssen wir neue Mitglieder im Betrieb gewinnen. Denn Reformkraft und Gegenmacht – das kann nur eine mitgliederstarke IG Metall sein. Wenn uns das gelingt und wir unsere solidarischen Alternativen stärker in der Gesellschaft verankern, dann kann 2005 ein erfolgreiches Jahr für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien werden.

Jürgen Peters

Migranten

Leitkultur statt Multikulti?

Spätestens seit dem Mord an dem holländischen Regisseur Theo van Gogh rückt die Politik zunehmend vom Wunschbild einer multikulturellen Gesellschaft ab. Innenminister Schily bezweifelt, ob Migranten integrationswillig sind.



Foto: Paul Schmitz

»Die multikulturelle Gesellschaft ist längst real«

Nihat Öztürk, IG Metall Düsseldorf

metall: Ist die multikulturelle Gesellschaft, wie sie Rotgrün in Deutschland immer vorgeschwebt hat, illusorisch?

Kemper: Vielleicht haben wir von »Multikulti« geträumt. Aber sehr realistisch war das nicht. Und von Zielen, die unrealistisch sind, sollte man sich rasch verabschieden.

Öztürk: Die multikulturelle Gesellschaft ist doch längst Realität. Überall leben und arbeiten Deutsche und Angehörige anderer Nationalitäten zusammen, zumeist ohne Vorurteile. Es ist unerhört, dass dies infrage gestellt wird und einzelne Vorfälle wie der Mord an dem holländischen Regisseur dafür genutzt werden, alle Muslime unter Generalverdacht zu stellen und eine Kampagne über Leitkultur und Patriotismus vom Zaun zu brechen.

Kemper: Solche Kampagnen sind natürlich verfehlt, zumal Holland ein gutes Beispiel dafür ist, wie Migranten integriert werden können. Die Holländer nehmen Zuwanderer nicht nur mit offenen Armen auf, sondern verpflichten sie auch dazu, die holländische Sprache zu erlernen. Diesen Weg halte ich für sehr vernünftig.

Öztürk: In Holland besitzen Migranten seit 1986 das kommunale Wahlrecht und fühlen sich zugehörig, bis rechte Populisten und Fundis die öffentliche Diskussion

dominierten. Auch in Deutschland spricht die politische Klasse vor allem über Migranten, kaum mit ihnen. Viele fühlen sich als Objekte missbraucht und ziehen sich enttäuscht zurück.

metall: Stimmt es, dass in Großstädten »Parallelgesellschaften« entstehen?

Kemper: Wenn ich mir etwa den Dortmunder Norden oder Berlin-Kreuzberg anschau, wird das ganz offensichtlich. Viele Migranten schotten sich leider in ihren Vierteln ab und leben ihre eigene Kultur. Es ist kein Zufall, dass die Migranten der dritten Generation schlechter Deutsch sprechen als ihre Eltern. Also müssen wir stärker dafür sorgen, dass sich diese Menschen einen Zugang zu unserer Kultur verschaffen.

Öztürk: Natürlich darf es keine Gesellschaft



Foto: Transit Berlin / von Polenz

»Viele Migranten schotten sich leider ab und leben ihre eigene Kultur«

Hans-Peter Kemper (SPD), Aussiedlerbeauftragter

Kemper: Das stimmt, allerdings ist die Politik daran nicht unschuldig. Lange gingen wir davon aus, dass Deutschland kein Einwanderungsland ist und Migranten nur kurz hier bleiben – also gab es wenig Förderung. Jetzt müssen wir Migranten bewegen, sich stärker zu öffnen. Ihre Kinder müssen mit guten Deutsch-Kenntnissen eingeschult werden, sie sind nicht lernbehindert.

Öztürk: Dass die Migranten angeblich nicht integrationsbereit sind, halte ich für dummes Geschwätz. Damit wird das letzte Vertrauen zerstört und die Stammtische werden bedient. Die Probleme ausländischer Kinder sind vor allem sozial bedingt. Die Politik muss daher Geld in die Hand nehmen und in Bildung und Sprachförderung investieren. Die Mittel dafür wurden in der Vergangenheit stark gekürzt.

Kemper: Das Zuwanderungsgesetz bietet auch Bestandsausländern Integrationskurse an – eine wichtige Voraussetzung für die bessere Eingliederung aller Migranten. ◀

Der Hintergrund

Bleiben Migranten am liebsten unter sich? Bilden sich in den Großstädten »Parallelgesellschaften«? Wissenschaftler wie der Migrationsforscher Friedrich Heckmann, waren vor Schnellschüssen: »Integration ist ein langwieriger Prozess, der über Generationen dauert.« In unserem Streitgespräch diskutieren: Nihat Öztürk, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall in Düsseldorf, und Hans-Peter Kemper (SPD), Aussiedler- und Minderheitenbeauftragter der Bundesregierung. Moderation: Fritz Arndt.

in der Gesellschaft geben, in der Menschen nach eigenen Gesetzen leben. Aber ich halte »Parallelgesellschaft« für einen ideologischen Kampfbegriff. Es gibt keine »Parallelgesellschaften« in Deutschland, wohl aber Stadtviertel mit vorwiegend ausländischen Bewohnern. Die Menschen im Dortmunder Norden haben ihre Wohnviertel noch nicht einmal selbst gewählt, sondern sie leben dort in aller Regel wegen niedriger Mieten oder ihrem geringen Einkommen und weil sie nach ihrer Anwerbung in solche Viertel gedrängt wurden...

metall: Innenminister Schily sagt, Migranten fehle der Wille zur Eingliederung...

► **Internet:** »Integration ist eine soziale Frage« (Frankfurter Rundschau vom 6. Dezember 2004): www.fr-aktuell.de



Betriebsräte Röll, Kunz und Jahn (von links nach rechts): »Wir werden wieder ernst genommen«

»Gelebte Demokratie«

Arbeitsplatzverlagerung, Mehrarbeit und Kündigung von Tarifverträgen: Betriebliche Mitbestimmung ist so wichtig wie nie zuvor. Ein Instrument wird von Betriebsräten immer noch selten genutzt: Das Hinzuziehen von Auskunftspersonen.

Mit den Auskunftspersonen können Vertrauensleute und Beschäftigte die Arbeit des Betriebsrats erfolgreich unterstützen, sagen die Teilnehmer des IG Metall-Projekts »Beteiligung Organisieren«. **metall** traf sich zum Erfahrungsaustausch mit den Kollegen Rainer Husheer (Vertrauenskörper-Leiter, Daimler-Chrysler), Andreas Röll (Betriebsratsmitglied, Nolte Spanplatten), Uwe Kunz (Betriebsratsmitglied, Schwinn),

Thomas Jahn (Betriebsrats-Vorsitzender, VEM Sachsenwerk) und Markus Doberstein (Vertrauenskörper-Leiter, Wabco).

metall: Glaubt ihr, dass Betriebsräte durch Auskunftspersonen an Macht verlieren?

Jahn: Nein, ganz im Gegenteil. Durch die Beteiligung der Belegschaft am Projekt haben wir wieder an

Macht gewonnen. Die Akzeptanz bei den Kollegen und die Durchsetzungskraft gegenüber der Geschäftsleitung ist gestiegen. Wir werden wieder ernst genommen. Und unsere Gestaltungskraft ist gewachsen.

Kunz: Bei uns war auch keine Rede davon, dass Betriebsräte Macht verlieren. Ich selbst habe erst durch das Projekt erfahren, wie wichtig es ist, die Kolleginnen und Kollegen in Veränderungsprozesse mit einzubinden. Ich selbst kann nie einen so tiefen Einblick in die einzelnen Abläufe der jeweiligen Abteilungen oder Produktionsabläufe bekommen.

metall: »Auskunftspersonen«, die Bezeichnung hört sich nicht gerade einladend an ...

Husheer: ... ja, Auskunftspersonen hört sich tatsächlich hölzern an. Ich habe die Kollegen immer »Experten vor Ort« genannt. Denn genau das waren sie auch. Wie immer man es bezeichnet: Die Auskunftspersonen, Sachverständige oder Experten können uns Betriebsräte mit Informationen beliefern, die wir so detailliert gar nicht kennen können.

metall: Wie hat die Belegschaft auf das Projekt reagiert?

Röll: Auf einer Betriebsversammlung hatten wir von dem Projektvorhaben berichtet.

Unmittelbar danach waren schon die ersten Kolleginnen und Kollegen auf uns zugekommen und wollten mitmachen.

Doberstein: Bei uns war die Belegschaft zunächst skeptisch. Denn als wir das Projekt starteten, wählten wir eine Abteilung, die sowohl aus gewerblichen und aus angestellten Mitarbeitern besteht. Insbesondere der Angestelltenbereich arbeitete bisher kaum mit den Vertrauensleuten und Betriebsräten zusammen. Heute haben wir hier sogar Mitgliederzuwächse.

metall: Wie haben die Arbeitgeber auf die Projekte reagiert?

Jahn: Bei unserem Projekt ging es um die Neuregelung von Arbeitszeit. Unter anderem wollten wir die Zeitkontengrenzen festlegen. Bei der Belegschaft war unser Vorhaben auf großen Zuspruch gestoßen. Der Entwurf einer Betriebsvereinbarung stand. Die Geschäftsleitung lehnte diese zunächst ab.

metall: Eine Neuregelung der Arbeitszeit sollte doch auch im Interesse der Geschäftsleitung sein?

Jahn: Hiervon konnten wir die Geschäftsleitung mittlerweile auch überzeugen. Wir sind wieder im Gespräch.

Husheer: Nachdem die IG Metall die Bedin-



Husheer: »Mehr Argumente gegenüber der Geschäftsleitung«

Hintergrund

gungen zum Entgeltrahmentarifabkommen im Sommer 2004 geregelt hat, fängt bei uns die Arbeit jetzt erst richtig an. Die neue Eingruppierung wird nur mit Hilfe der Auskunftspersonen möglich sein. Eine genaue Analyse bedeutet für die Belegschaft eine gerechte Entlohnung.

Doberstein: Wir hatten zunächst das Ziel, den Entwurf einer Betriebsvereinbarung zu machen. Dadurch ist uns sicherlich einiger Ärger mit der Geschäftsleitung erspart geblieben. Nachdem wir eine Bestandsaufnahme zu den Qualifizierungswünschen erarbeiteten, sah auch die Geschäftsleitung, welchen Nutzen sie hiervon hat.

Röller: Wir wollten eine neue Prämienentlohnung im Schichtsystem erreichen. Hierfür haben zehn Personen aus verschiedenen Bereichen und Schichten mitgemacht. Unsere Auskunftspersonen wurden förmlich von der Belegschaft zur Arbeit angeheizt. Denn das Prämiensystem bedeutet, am Ende des Monats mehr Geld in der Tasche zu haben.

metall: Was ist Euer Fazit?

Husheer: Dass wir heute so detailliert in einzelne Arbeitsabläufe der Belegschaft einblicken können, macht Betriebsräte und Vertrauensleute gegenüber der Geschäftsleitung verhandlungssicherer. In Gesprächen oder Verhandlungen können wir mit ganz anderen Argumenten agieren.

Röller: Das Projekt bedeutet für Betriebsräte

Mit Hilfe der Auskunftspersonen konnten beim Projekt »Beteiligung organisieren« folgende Themen bearbeitet werden:

- **ERA-Einführung** (Daimler-Chrysler, Bremen)
- **Betriebsvereinbarung zum Prämienlohn** (Nolte Spannplatten, Germersheim)
- **Überprüfung der Entlohnungsgrundlage** (Schwinn GmbH, Ober-Ramstadt)
- **Betriebsvereinbarung zur Gestaltung betrieblicher Arbeitszeit** (VEM Sachsenwerk, Dresden)
- **Betriebsvereinbarung über Qualifizierung** (Wabco Raddbremsen GmbH, Mannheim)

und Vertrauensleute auch mehr Arbeit. Die Kollegen, die als Auskunftspersonen mitmachen, fordern auch Ergebnisse. Eine bessere Motivation kann es für uns doch gar nicht geben.

Doberstein: Ein positiver Nebeneffekt des Projekts der besonders motivierend war: Neue Mitglieder im Angestelltenbereich gewonnen zu haben. Auch das Ansehen der Vertrauensleute ist gestiegen.

Jahn: Etwas besseres als der Paragraph 80,2 konnte uns gar nicht passieren. Wenn man diesen richtig umsetzt, können die Interessen der Belegschaft nicht nur erfasst, sondern auch realisiert werden.

Kunz: Nur die Beteiligung aller Beschäftig-

ten an dem Projekt hat es möglich gemacht, dass es so erfolgreich wurde. Das ist gelebte Demokratie. ◀

Antonela Pelivan

i ► In Kürze erscheint die IG Metall-Arbeitsmappe für Vertrauenskörperleitungen und Betriebsräte »**Sachkundige ArbeitnehmerInnen im Einsatz**«, unter anderem mit ausführlichen Erfahrungsberichten der Projekt-Betriebe sowie Arbeitsmaterialien für die betriebliche Praxis.

► **Infos im Internet unter:**
www.igmetall.de/betriebsraete
 ...✚ Beteiligung organisieren



Doberstein: »Im Angestelltenbereich ist das Ansehen der Vertrauensleute gestiegen«

Kommentar



Berthod Huber,
Zweiter Vorsitzender
der IG Metall

Foto: picture-alliance / dpa

Mitbestimmung am Arbeitsplatz muss für die Menschen lebendig und nachvollziehbar werden. Deshalb haben wir mit dem IG Metall-Projekt »Beteiligung organisieren« die Anwendung des Paragraphen 80 Absatz 2 Satz 3 im novellierten Betriebsverfassungsgesetz erprobt. Betriebsräte und Vertrau-

ensleute aus Betrieben unterschiedlicher Größe, mit und ohne gewählten Vertrauensleuten, haben die Vorreiterrolle übernommen.

An einem aktuellen Thema aus ihrer betrieblichen Praxis haben sie eine Beteiligungsstrategie mit betrieblichen Auskunftspersonen entwickelt und durchgeführt. Ihre Erfahrungen sind für die zukünftige Arbeit der IG Metall enorm wichtig. Denn Auskunftspersonen tragen dazu bei, gewerkschaftliche Betriebspolitik zu stärken.

Gewerkschaftliche Beteiligung an zentralen politischen Entscheidungen ist heute nicht mehr selbstverständlich. Sie wird nicht nur von Teilen der Politiker und Wirtschaftseliten in Frage gestellt. Auch in den Belegschaften müssen wir vermehrt unsere

Betriebsräte und Vertrauensleute von der Politik der IG Metall überzeugen.

In den nächsten Jahren steht die Umsetzung des Entgeltrahmentarifvertrags (ERA) an. Eine große Aufgabe für die IG Metall, die die Einbeziehung vor allem der Vertrauensleute erforderlich macht. Denn: Mitbestimmung beginnt am Arbeitsplatz. Bei zukünftigen Tarifaueinandersetzungen werden wir unsere Entscheidungs- und Beteiligungsstrukturen den veränderten Bedingungen anpassen müssen. Um so wichtiger ist bei Konflikten vor Ort eine hohe Beteiligung unserer Mitglieder. Deshalb brauchen wir gut organisierte Belegschaften, die gemeinsam mit ihren Vertrauensleuten und Beschäftigten, dem wachsenden Druck standhalten können. ◀

aktuell+++aktuell+++aktuell

► Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht: Der Mutterkonzern, die französische SEB-Group, will die Hälfte der Arbeitsplätze bei Rowenta in Erbach abbauen. IG Metall und Betriebsrat beraten über Gegenmaßnahmen.

Die Absicht des Konzerns steht in direktem Gegensatz zu der Fürsorge, die Rowenta älteren Beschäftigten entgegenbringt. Wichtige Ansätze für humaneres Arbeiten werden mit dem Kahlschlag-Plan wieder zunichte gemacht. Er zeigt auch die Schizophrenie in den Chefetagen. Die Redaktion hat sich daher entschlossen, die positiven Beispiele humaner Arbeitsgestaltung bei Rowenta im Blatt zu belassen. Über den angekündigten Personalabbau und die Reaktionen der Metaller berichten wir in der nächsten Ausgabe.

Ältere im Betrieb:

»Pfleglich mit Beschäftigten umgehen«

Weil angesichts der niedrigen Geburtenrate der Nachwuchs fehlt, müssen künftig immer mehr Ältere ran. Doch die Arbeitsbedingungen sind weiter auf jüngere, olympiareife Belegschaften zugeschnitten. Das muss sich ändern.

Text: Fritz Arndt

Foto: Caro / Teich

Bei Rowenta im idyllischen Odenwald-Städtchen Erbach steht bald ein Großereignis an: Ehrung der Jubilare. Genau 45 Kolleginnen und Kollegen sind diesmal dran, sieben von ihnen feiern ihr vierzigstes Dienstjahr. Die Firma serviert dann ein üppiges Büfett, und jeder darf fünf Gäste mitbringen. Gesamtbetriebsratsvorsitzender Hans Emig freut sich schon: »Ein Ereignis für das ganze Haus.«

Solche Ehrungen stehen in dem Bügeleisen-Werk öfter an. Die rund 600 Mitarbeiter des Bügeleisen-Herstellers sind durchschnittlich 47 Jahre alt – das sind über sieben Jahre mehr als das Durchschnittsalter etwa der BMW-Beschäftigten.

Die Produktion in Erbach läuft dennoch wie geschmiert, und keiner drückt die Älteren weg. »Wir versuchen, Ältere und Leistungsgeminderte zu integrieren, das motiviert und bindet die Menschen an den Betrieb«, hat Jürgen Neff, der Sicherheitsbeauftragte, erkannt.

Welches Potenzial zur humaneren Arbeitsgestaltung erschlossen werden kann, haben die Rowenta-Beschäftigten in fünf Workshops erarbeitet. Zusammen mit Fachleuten der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) wurden 110 Belastungspunkte identifiziert, die von der Projektgruppe inzwischen entschärft worden sind. So wurden in der Endmontage auf Wunsch der Beschäftigten bezahlte Minipausen von fünf Minuten eingeführt; während dieser Zeit sollen alle Beschäftigten ihre ermüdeten Glieder mit Gymnastik-Übungen (»Arme hinten hoch«) in Schwung bringen.

Oder die Fünf-Stunden-Schicht. Sie kommt gerade den Älteren entgegen und ermöglicht ihnen, weiter mitzuhalten. Zusätzlich tauscht nach der Pause jeder seinen Arbeitsplatz. Der Betrieb hat alle dafür qualifiziert. Emig: »Damit die Belastung nicht so einseitig ist – wichtig gerade für Ältere.«

Vorbildlich ist auch die Arbeit der Rowenta-Konstrukteure und -Entwickler, die schon bei der Arbeitsplanung am Computer auf angenehme Arbeitsabläufe achten. Krankmachende Belastungen – beispielsweise kraftaufwändige Fügebewegungen – können so weitgehend vermieden werden. Neff: »Wir bauen 80 Prozent unserer Fertigungsanlagen selbst und sind daher in der Lage, die Erfahrungen der Beschäftigten zu nutzen.«

Davon träumen andere Beschäftigte auch. Denn nach wie vor sind die Arbeitsbedingungen in vielen Betrieben auf olympiareife Belegschaften abgestellt. Auf diese

Weise werden die Älteren verheizt, ihre spezifischen Fähigkeiten liegen brach. Wolfgang Rhode, IG Metall-Vorstandsmitglied: »Der Jugendwahn in der Personalpolitik und steigende Leistungsanforderungen setzen Ältere immer mehr unter Druck.«

Tatsächlich haben sich die Anforderungen in den Betrieben in den vergangenen Jahren weiter erhöht – und wie. Das Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung hat bundesweit Betriebsräte befragt – und deutliche Antworten erhalten. Danach hat in 90 Prozent der Betriebe insbesondere der Psychostress zugenommen, bedingt durch Zeitknappheit, kürzere Vorgabezeiten und mehr Verantwortung. In jedem dritten Betrieb sind zudem noch die körperlichen Belastungen gewachsen.

Dass Arbeitgeber angesichts des enormen Drucks in den Betrieben auch noch längere Arbeitszeiten verlangen (Audi-Chef Martin Winterkorn: »Unsere Mitarbeiter müssen etwas flexibler und mehr arbeiten, ohne vollen Lohnausgleich«), erscheint da geradezu abstrus. »Haben Sie überhaupt eine Ahnung, welche Belastungen heute an den Arbeitsplätzen in den Betrieben auftreten?«, fuhr Hannovers IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine unlängst den niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulf (CDU) und »einige SPD-Politiker« an, »können Sie uns erklären, wie ein Kollege im Drei-Schicht-Betrieb mit mehr als 60 Jahren – geschweige denn mit 67 – bei Volkswagen am Fließband Karossen montieren soll?«

Nein, können sie nicht. Auch viele Ältere greifen sich da an den Kopf und scheiden lieber frühzeitig aus. Die Folge ist eine äußerst niedrige Erwerbsquote Älterer: Von 100 Menschen in Deutschland zwischen 55 und 64 Jahren arbeiten lediglich 40 – in Schweden sind es 69, in Großbritannien 56, in den Niederlanden 45.

Dabei wissen die Personalchefs in den deutschen Betrieben die Qualitäten Älterer durchaus zu schätzen. Nach einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftspolitik (ZEW) attestieren sie älteren Beschäftigten – verglichen mit Jüngeren – ein besseres Qualitätsbewusstsein, mehr Erfahrung und größere Loyalität. Doch im hektischen Betriebsalltag, in dem der Jugendwahn dominiert, ist dafür offensichtlich kein Platz.

Diese Ignoranz könnte die Betriebe noch teuer zu stehen kommen. Denn angesichts der abnehmenden Anzahl Erwerbstätiger (siehe Kasten auf Seite 17) werden sie



Foto: Beate Schilke

Gymnastik in der Minipause bei Rowenta (Erbach): »Wir versuchen, Ältere zu integrieren«

Was tut die IG Metall?

► Die IG Metall beschäftigt sich im Rahmen des Projekts »Gute Arbeit« mit altersgerechter Gestaltung der Arbeit. Neben Workshops und Schulungen werden Handlungshilfen und altersgerechte Arbeitsmodelle erarbeitet. Bert Römer, verantwortlich für das Themenfeld »Altersgerechte und lernförderliche Gestaltung der Arbeit«: »Wir dürfen den demografischen Wandel in den Betrieben nicht verschlafen und brauchen eine neue Initiative für humaneres Arbeiten.«

► In Kooperation mit der Sozialforschungsstelle Dortmund organisiert die IG Metall das Projekt »Altersmanagement in der Automobilindustrie – Zukunftsaufgabe für Betriebsräte und Gewerkschafter«. Koordination: Eva Kuda. Über bisherige Projektaktivitäten informieren zwei Workshop-Dokumentationen (»Länger arbeiten oder früher gehen? Antworten von Betriebsräten der Automobilindustrie auf den demografischen Wandel«, »Junge Belegschaften – Schnee von gestern? Altersmanagement in neuen Produktionsstätten«). Bestellung über internet: www.igmetall.de/betriebsraete



► Infos über das Projekt »Gute Arbeit«: www.igmetall.de/gutearbeit

Nachgefragt ...



bei Harmut Buck,
Leiter des Teams
»Entwicklungsför-
derliche Organisa-
tionsgestaltung«
am Fraunhofer
Institut (IAO) in
Stuttgart

Foto: Gertli / Storz

»Entscheidend sind die Arbeitsbedingungen«

metall: Sind ältere Menschen noch leistungsfähig?

Buck: Entscheidend ist, welche Anforderungen an die Mitarbeiter gestellt werden. Wer immer wieder vor neue Aufgaben gestellt wird, trainiert das Lernen und bleibt fit. Die Unternehmen haben es also selbst in der Hand, wie innovativ die Beschäftigten sind

metall: Was meinen Sie mit Ihrer These, dass man zum Alten gemacht wird?

Buck: Nicht der biologische Alterungsprozess entscheidet über die Leistungsfähigkeit, sondern die Arbeitsbedingungen. Wer beispielsweise sehr lange unter einseitigen Belastungen arbeiten muss, hat irgendwann mit körperlichen Einschränkungen zu kämpfen, erkrankt und wird leistungsunfähig. Auch die Arbeitsbedingungen in jüngeren Jahren entscheiden darüber mit, ob ich als älterer Mitarbeiter noch leistungsfähig bin.

metall: Arbeitgeber werfen Älteren häufig vor, lernunwillig zu sein – zu Recht?

Buck: Die Praxis in qualifizierten Berufen zeigt doch, dass Ältere lernfähig sind. Problematisch wird es nur, wenn Mitarbeiter jahrelang nicht qualifiziert worden sind. Wenn dann plötzlich technologische Veränderungen zu bewältigen sind, trauen sich das viele Arbeitnehmer nicht mehr zu, dann fehlt das Selbstvertrauen.

metall: Müssten die Arbeitsbedingungen humaner werden?

Buck: Angesichts zunehmender Arbeitsbelastungen müssen die Unternehmen pfleglich mit ihren Mitarbeitern umgehen. Es ist wichtig, dass gesundheitsbewusstes Verhalten gefördert wird und regelmäßige Fortbildungen angeboten werden. Außerdem sollten altersgemischte Gruppen gebildet werden, in denen Jüngere und Ältere ihre Erfahrungen austauschen können. ◀

zunehmend auf die Potenziale Älterer angewiesen sein. Auch wenn die demographische Entwicklung erst in einigen Jahren so richtig auf die Personalstruktur durchschlägt, wirkt sich die fallende Geburtenrate schon heute aus. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeitsschutz (Baua) ist der Anteil über 55-jähriger Erwerbstätiger zwischen 1993 und 1998 um 22 Prozent gestiegen – trotz flächendeckender Frühverrentungsprogramme.

So sind beim Alzenauer Kolbenhersteller Mahle schon heute zwei von drei Lohnempfängern älter als 39 Jahre, jeder dritte ist älter als 50. »Wir verspielen die Zukunft«, klagt Betriebsratsvorsitzender Dieter Wissel angesichts der überalterten Personalstruktur.

Da hat er Recht. Aber die älteren Produktionsarbeiter leiden angesichts des rücksichtslosen Arbeitstempos heute schon. »Seit Jahren fordern wir soziale Fertigungslinien, an denen die Älteren ihre Qualifikationen einbringen können«, klagt Wissel an, »aber die Geschäftsleitung lehnt stets ab«. Mahle, so werde es immer wieder vorgebracht, sei eben keine »Wohlstandsorganisation«.

Kein Wunder, dass viele Ältere auf dem Zahnfleisch gehen. Karl-Heinz Wissel, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und Vorsitzender des Betriebsrats-Sozialausschusses, warnt: »Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Magen-Probleme und Psychische Erkrankungen steigen bei über 50-jährigen rapide an.«

Was also tun? Früher konnten angeschlagene Beschäftigte immerhin noch auf Nacharbeitsplätzen oder in Versorgungs-Trupps eingesetzt werden. Doch diese Abteilungen sind längst an Verleihfirmen vergeben – für Stundenlöhne von 6,69 Euro. »Uns bleibt keine andere Möglichkeit, als die Massenflucht für Ältere zu organisieren«, bedauert Wissel – Altersteilzeit und Vorruhestand, bedeutet das.

Andere Geschäftsleitungen sind weniger ignorant und versuchen die Arbeit humaner zu gestalten. So hat BMW die Montage der anspruchsvollen Schließanlagen zurückgeholt, um die Qualifikationen leistungsgewandelter Beschäftigten nutzen zu können. Volkmar Rohrbach, Betriebsratsmitglied: »Angesichts des ansteigenden Durchschnittsalters unserer Belegschaft wird die Rückführung vergebener Vormontagen ein wichtiger Schwerpunkt sein.«

Auch die Daimler-Chrysler (DC)-Geschäftsleitung hat registriert, dass das



Foto: Neum / Schmidt

Arbeitstempo in der Produktion Ältere häufiger erkranken lässt. Um unnötige Belastungen bei der Arbeit zu vermeiden, wird künftig der Betriebsrat stärker mitreden. Schon heute wird darüber nachgedacht, Beschäftigte abwechslungsreicher einzusetzen. Bisher hatten Personalleiter stets behauptet, ältere Kollegen seien mit wechselnden Aufgaben überfordert und kaum noch qualifizierbar. Bis ein Projekt im Gaggenauer DC-Werk die Bedenken trägt klar widerlegt hat. Michael Brecht, Betriebsratsvorsitzender in Gaggenau: »Natürlich ist es für Ältere nicht leicht, neue Qualifikationen zu erwerben – vor allem, wenn sie jahrelang das gleiche gemacht haben und gefrustet sind. Aber wenn Ältere vernünftig aufgebaut und motiviert werden, stellen sich rasch Erfolgserlebnisse ein.«



Foto: FM

Ältere Beschäftigte bei Mahle, Alzenau:
»Erkrankungen bei Älteren steigen rapide an«



Mini-Pause bei Volkswagen (Hannover):
»Wer sich direkt nach der Anstrengung erholt,
lebt gesünder«

lich mit der Arbeitskraft umzugehen, und dazu gehört auch eine bewusste Pausengestaltung.« Wer sich unmittelbar nach einer starken Anstrengung erhole, statt am Wochenende oder im Urlaub, »lebt gesünder«.

Dass »Minipausen« aber nur ein Anfang für humaneres Arbeiten sein können, ist auch klar. »Für mehr Teilzeitarbeitsstellen zu sorgen«, mahnt ein Papier der IG Metall-Wirtschaftsabteilung¹⁾, eine »an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer ausgerichtete Arbeitszeit« und mehr Weiterbildungsmaßnahmen seien angesichts immer älterer Beschäftigter »zentrale Aufgabe zukünftiger Gewerkschaftsarbeit«.

1) Demographischer Wandel: Entwicklungstendenzen, Maßnahmen, Wirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsplätze

Sicher ist: Wenn die Arbeit humaner organisiert wird, können Beschäftigte bis zur Rente und darüberhinaus fit bleiben. Bei Volkswagen Nutzfahrzeuge in Hannover wird daher an dem Projekt »Gesund in Rente« gearbeitet. Ein Ergebnis sind die Klappsitze, die der Betriebsrat an den Fließbändern durchgesetzt hat. Angesichts schwankender Leistungsanforderungen – vom einfachen Kastenwagen bis zum luxuriösen Multivan laufen alle Typen darüber – bieten die Sitze die Chance auf erholsamere Minipausen zwischendurch. Betriebsratsmitglied Dimitrios Voliotis: »Es geht uns darum, pfleg-

Länger arbeiten?

Die Motive der Arbeitgeber

Unbestritten ist: Wegen der abnehmenden Geburtenrate bei zunehmender Lebenserwartung steigt das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen weiter an.

► Bis zum Jahre 2050, schätzt das Statistische Bundesamt, sinkt in der Bundesrepublik die Anzahl Jüngerer unter 20 Jahren um gut fünf auf 12,1 Millionen – das entspricht einem Anteil von 16,1 Prozent (2001: 20,9 Prozent).

► Der Anteil Älterer über 65 steigt parallel um über acht auf dann 22,2 Millionen an. Das entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von knapp 30 Prozent (2001: 12,5 Prozent).

► Die Anzahl Erwerbsfähiger zwischen 20 und 64 Jahren soll auf 40,8 Millionen zurückgehen (2001: 51,1 Millionen). Der Anteil an der Gesamtbevölkerung sinkt damit auf 54 Prozent (2001: 62 Prozent). Arbeitgeber und »Experten« wie Regierungsberater Bert Rürup benutzen die Prognosen einer abnehmenden Erwerbsbevölkerung, um längere Lebensarbeitszeiten und einen Renteneintritt erst ab einem Alter von 67 Jahren zu begründen. Ein übles Spiel:

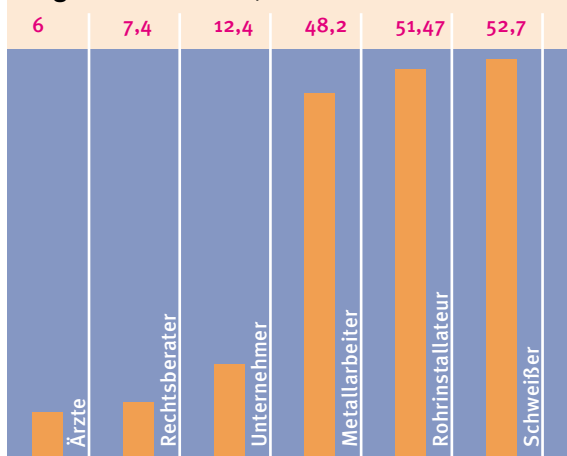
»Dass der demographische Wandel ein höheres gesetzliches Rentenalter erzwingt, ist falsch«, warnt etwa Ernst Kistler vom Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (Inifes) in Stadtbergen. Immerhin werde die Bevölkerungszahl noch zehn Jahre lang ansteigen und erst 2025 »erst langsam unter das heutige Niveau sinken«. Die Anzahl der Erwerbspersonen gehe zwar etwas früher zurück – aber lange Zeit nur sehr schwach. Außerdem werde der Rückgang durch einen zunehmenden Anteil erwerbstätiger Frauen und Älterer kompensiert.

Umso wichtiger sei es daher, die Demographie-Debatte »ihrer Mythen zu entkleiden«. Denn wer eine längere Lebensarbeitszeit fordere, drücke in Wirklichkeit nur die Furcht der Arbeitgeber vor einer Vollbeschäftigung aus. »Sie wollen Arbeitskräfte, die billig und willig sind, und dazu brauchen sie ein deutliches Maß an Unterbeschäftigung«, entlarvt Kistler die Motive von Arbeitgebern und Neoliberalen.

Statt das Renteneintrittsalter zu erhöhen, müsste die Frühverrentungspraxis beendet werden, die »volkswirtschaftlich eine gigantische Verschwendung darstellt«. Dafür müssten aber in den Betrieben erst die Voraussetzungen erkämpft werden.

Wer muss vorzeitig in Rente?

Angaben in Prozent, 2001



Quelle: Bertelsmann 2003 / © metall-grafik

LKW-Fahrer (7,5 t) sucht dringend Arbeit (Lohn-vorst.: 2,70 Euro/Std.) Nehme auch andere Arbeitsangebote an. Telefon: [REDACTED]

Aus: »Westerwald-Rundschau«

Traumberuf:
Telefon/Datenerf., 45 J., berufserf. Frau, absol. zuverl., 4 Wo. kostenlos zu Ansicht, ☒ [REDACTED]

Aus: »Nürnberger Nachrichten«

Außerordentliche Betriebsversammlung

Ich bestätige als arbeitsvertragliche Vereinbarung die Reduzierung eines monatlichen Durchschnittsbruttoverdienstes auf 50%, gestaffelt auf einen Zeitraum von 3 Monaten, wirksam ab Monat Dezember 2004.

Als Ausgleich stellt das Unternehmen einen Warengutschein (Brutto) in Höhe des Betrages aus der 50%igen Reduzierung eines monatlichen Durchschnittsverdienstes zum Einkauf in dessen Fabrikeinrichtungen zur Verfügung. Dieser Warengutschein ist ohne jegliche Einschränkung freizügig verwendbar.

Schreiben der Firma »Dietrich Wetzels« Plauener Spitzen und Gardinen Schreiben des »FORUM VERLAG Herkert GmbH« an die Kritische Akademie

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von **metall**-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: **metall**-Redaktion, Lyoner Straße 32, 60528 Frankfurt am Main

Dem Betriebsrat Grenzen setzen Praxisleitfaden für Arbeitgeber

Ihre praktischen Vorteile:

- **Rechtssicherheit:** Konkrete Fallbeispiele erfahrener Personaler zu allen Fragen rund um den Betriebsrat, helfen Ihnen, Ihre Rechte als Arbeitgeber zu wahren, z. B. bei der Kündigung von Arbeitsverhältnissen!
- **Verhandlungssicherheit:** Durch fundierte Verhandlungsstrategien auch in schwierigen Situationen vermeiden Sie unbefriedigende Ergebnisse zäher Diskussionen, z. B. bei der Durchsetzung von Betriebsvereinbarungen!
- **Kostenersparnis:** Zusätzlich sparen Sie auch noch Geld, indem Sie unnötigen Aufwand für die Arbeitnehmervertretung vermeiden, **z. B. überflüssige Schulungen!**

Zögern Sie nicht und bestellen Sie gleich heute bequem mit der beigefügten Faxantwort.

Mit freundlichen Grüßen
FORUM VERLAG HERKERT GMBH
Fachbereich Personal

PS: Ob bei Arbeitsplatzausstattung oder personellen Einzelmaßnahmen – mit diesem Praxisratgeber weisen Sie Ihren Betriebsrat in die Schranken!



KOLLEGE KARL

Wissen Sie, was wirklich ungerecht ist? Wenn Sie arbeitslos werden, verlieren Sie nur einen einzigen Job...

Sollte man aber uns Mandatsträgern die Nebentätigkeiten verbieten, dann verliere ich gleich mehrere Jobs!



Illustration: Erich Rauschenbach

IT-Tarifvertrag für Gedas

Mehr Sicherheit für Informatiker

Die IG Metall erzielte einen weiteren Durchbruch in der IT-Branche. Erstmals in der zwanzigjährigen Geschichte des IT-Dienstleisters Gedas wurde ein Tarifvertrag für die rund 1300 Beschäftigten der deutschen Standorte vereinbart und damit ein hohes Entgeltniveau abgesichert.

Detlef Michaelis wird 1991 bei der VW-Tochter Gedas eingestellt. 1992 kriselt das Unternehmen. Zwei Jahre setzen Gehaltserhöhungen aus. Der IT-Spezialist kandidiert für den Betriebsrat: »Seitdem ringen wir um einen Haustarif.« Bis 2004 ohne Erfolg. Stattdessen verhandeln die Betriebsräte über 53 Betriebsvereinbarungen, 1997 unter anderem eine Entgeltregelung. 2002 gibt es die letzte Entgelterhöhung. Ende 2002 kündigt das Unternehmen die Vereinbarung.

Die Gedas AG und die Gedas Deutschland GmbH beschäftigen 1300 Mitarbeiter, davon über 500 am Berliner Hauptsitz und über 300 in der zweitgrößten Niederlassung in Wolfsburg. Weltweit arbeiten Spezialisten an 50 Standorten in zwölf Ländern. Mathematiker, Naturwissenschaftler und IT-Spezialisten entwickeln Softwarelösungen hauptsächlich für die Autoindus-



Konzernbetriebsratsvorsitzender Detlef Michaelis: »Wir wollen den Leistungsdruck begrenzen«

trie. Konzernbetriebsratsvorsitzender Detlef Michaelis: »Nicht ganz einfach, Akademiker für einen Tarifvertrag zu begeistern.« Seit 2002 wird der Betriebsrat in

seiner Überzeugungsarbeit von Christiane Benner unterstützt. Die IT-Bezirkssekretärin aus Hannover informiert gemeinsam mit den Betriebsräten an den Gedas-Standorten und der örtlichen IG Metall über die Vorteile eines Haustarifs. Erstmals erscheinen Beschäftigte, die nicht in der IG Metall sind. Michaelis: »Unser Organisationsgrad steigt weiter an.«

Im Frühjahr 2004 starten die Verhandlungen, die in einer Tarifgemeinschaft mit der IG BCE geführt werden, da das Rechenzentrum in Hoyerswerda früher ein Bergbau-Standort war. Die vorhandenen Betriebsvereinbarungen sind ein gutes Fundament. Am 7. Dezember liegt ein Abschluss auf dem Tisch. Bezirkssekretärin Helga Schwitzer, die Verhandlungsführerin der IG Metall: »Mit diesem Tarifvertrag haben wir die Arbeitsbedingun-

gen der Gedas-Beschäftigten auf hohem Niveau abgesichert, während sich andere Unternehmen der Tarifbindung entziehen.«

So beträgt die Regelarbeitszeit 37 statt der branchenüblichen 40 Stunden, der Samstag bleibt frei. Maximal 18 Prozent der Beschäftigten können bei vollem Entgelt bis zu 40 Stunden arbeiten. Arbeitszeitkonten ermöglichen eine Schwankungsbreite von minus und plus 200 Stunden. Michaelis: »Regelungen zu Zielvereinbarungen sollen den Leistungsdruck begrenzen.« Zudem haben die Beschäftigten einen Anspruch auf jährliche Qualifizierung von zehn Tagen, von denen sie fünf Tage selbst einbringen.

Die IG Metall hat zu 13 Monateinkommen ein variables Entgelt »on top« durchgesetzt. Der Arbeitgeber zahlt 2005 dafür 1000 Euro pro Mitarbeiter. ◀

Annette Vogelsang

Nachgefragt ...



... bei **Christiane Benner**, IT-Bezirkssekretärin in Niedersachsen

und Sachsen-Anhalt

metall: Wie ist der Tarifvertrag bei Gedas einzuordnen?

Benner: Wir haben mit diesem Abschluss bei einem expandierenden IT-Dienstleister eine neue Referenzgröße nach Compaq und Debis geschaffen.

metall: Wie wirkt sich das aus?

Benner: Bisher gelten für rund 200 000 Beschäftigte der ITK-Branche Tarifverträge. Bei Ge-

das haben wir einen innovativen Tarifvertrag abgeschlossen, der sich als positives Beispiel auch für andere Unternehmen der Branche eignet.

metall: Innovativ?

Benner: Ja, variable Arbeitszeiten und Entgeltbestandteile sind regelbar, somit geben Tarifverträge Sicherheit. Die IG Metall ist innovativer als viele glauben. Ich empfehle Skeptikern das Netzwerk i-connection, das IT-Magazin, die Homepage ITK und einen Besuch am Stand der IG Metall auf der Cebit vom 10. bis 16. März in Hannover.

Luft- und Raumfahrt

Airbus A380

Rund 10 000 neue Arbeitsplätze

Durch den Bau des neuen Airbus A380 soll es bei Airbus, den Zulieferern und den mittelbar betroffenen Unternehmen einen deutlichen Anstieg der Arbeitsplätze geben. Bundesweit sollen weitere 10 000 neue Arbeitsplätze auf den Bau des Riesenflugzeugs von Airbus zurückgehen, sagte der Präsidialgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, Hans-Joachim Gante.

Allein in der Hamburger Werft und Umgebung sind wegen des A380-Programms rund 4400 Arbeitsplätze entstanden. Jutta Blankau, Leiterin des IG Metall-Bezirks Küste freut sich: »Der Bau des A380 ist eine Erfolgsgeschichte für Airbus in Deutschland und Europa – aber auch für die IG Metall. Anders als der amerikanische Flugzeugbauer Boeing, hat Airbus



Enthüllung des Airbus A380 in Toulouse (Frankreich)

innovativ und flexibel gehandelt. Dies war erst durch unsere Tarifverträge zur Arbeitszeit möglich.«

In der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie arbeiten rund 70 000 Menschen. Davon sind bei Airbus Deutschland etwa 20 000 beschäftigt. Airbus gehört zu 80 Prozent dem deutsch-französisch-spanischen Flugtechnikkonzern EADS, an dem DaimlerChrysler zu gut 30 Prozent beteiligt ist, und zu 20 Prozent der britischen BAE Systems.

Das weltweit erste Flugzeug mit zwei durchgängigen Passagierdecks wurde Mitte Januar im französischen Toulouse präsentiert. Bisher liegen Bestellungen für 149 Exemplare des Großraumflugzeugs vor. Wesentliche Teile des A380 werden in Deutschland entstehen. Das Flugzeug kostet pro Stück rund 210 Millionen Euro. Und ist der neue Stolz Europas. Denn es ist das größte Passagierflug der Welt. ◀

Walzlagerindustrie

INA-Schaeffler,

Beschäftigungssicherung

Die Geschäftsleitung der INA-Schaeffler KG (Wälzlager- und Komponentenproduktion mit Stammsitz im fränkischen Herzogenaurach) dachte sie hätte leichtes Spiel. Der Forderungen von Belegschaft (14 500 Kolleginnen und Kollegen allein in der Bundesrepublik), Betriebsrat und IG Metall das Beschäftigungsbündnis aus dem Jahr 2000 fortzusetzen, setzte sie ein entschiedenes Nein entgegen. Und schob eine Gegenforderung nach: Drei Stunden Mehrarbeit in der Woche ohne Lohnausgleich. Nach Monaten erbitterter Auseinandersetzungen wurde im Dezember 2004 eine

Vereinbarung zur Beschäftigungs- und Standortsicherung bis Ende 2008 unterzeichnet – Teil eins des Erfolgs der Belegschaft. Teil zwei: die Regelarbeitszeit beträgt nach wie vor 35 Stunden. Gesamtbetriebsratsvorsitzender Markus Zirkel: »Der Abschluss gibt allen INA-Beschäftigten ein Mehr an Sicherheit.« Michael Tuchart, der Betriebsratsvorsitzende am Standort Luckenwalde: »Die Standortsicherung ist für die kleineren Betriebe besonders wichtig.« Bis zum Schluss hatte sich die INA-Schaeffler-Betriebsleitung gegen eine Rahmenvereinbarung mit dem Gesamtbetriebsrat gewehrt. Sie wollte lieber eine Regelung auf Standortebene, in der

Hoffnung die Betriebe und die Belegschaften gegeneinander ausspielen zu können. Durch den Widerstand der Beschäftigten und die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten und IG Metall-Vertrauensleuten, ist dieses Konzept gescheitert. ◀

Möbelindustrie

Wechselhafte Prognosen Hüh oder Hott?

Möbel-Verbandschef Dirk-Uwe Klaas kann sich nicht festlegen: Vor einem Jahr war er optimistisch und sagte ein Wachstum von drei Prozent voraus. Fünf Monate später folgte ein düsteres Szenario: Klaas redete plötzlich von

Massenentlassungen und Umsatzeinbrüchen. Und nun? Pünktlich im Januar zur wichtigsten Messe der Branche in Köln vollzog er erneut einen verbalen Looping: In den ersten neun Monaten in 2004 wuchs die Branche doch. Und für 2005 zeichnet sich auch ein Plus von 1,5 Prozent ab. Wie auch immer die Prognosen von Klaas in den nächsten Monaten aussehen werden: »Es freut uns, dass es der Möbelbranche besser geht. Nun sollte sie die Zeit nutzen, ihre Stukturprobleme in den Griff zu bekommen. Die IG Metall steht dazu für Gespräche zur Verfügung«, betont Wolfgang Boneik, Ressortleiter Holz/Kunststoff beim IG Metall-Vorstand. ◀

Bau- und Baustoffmaschinenbau

Flexible Arbeitszeitmodelle

Eine Branche im Umbruch

Die Bau- und Baustoffmaschinenbauindustrie wird durch die Internationalisierung durchgeschüttelt. Zum einen ist die Nachfrage nach den in Deutschland produzierten Baggern, Kränen und vielen anderen Maschinen gestiegen. Zum anderen drohen Arbeitgeber mit Produk-

tionsverlagerungen in Billiglohnländer. Dass die Unternehmen Kosten einsparen wollen, ist aber nur ein Grund dafür.

Betrachtet man die Branche genauer, wollen die Hersteller mit der Verlagerung auch Währungsschwankungen ausgleichen und auf dem Markt der ausländischen Abnehmer wie China oder Amerika Fuß fassen.

Den rauen Wind bekommen auch die rund 28 000 Beschäftigten in der Branche zu spüren. Arbeitszeitverlängerung, Mehrarbeit oder Kündigung von Tarifverträgen gehören heute zum Tagesgeschäft der Betriebsräte. Thomas Anhuth, Betriebsratsvorsitzender bei Bomag in Boppard, sagt: »Mit Hilfe unserer flexiblen Arbeitszeitmodellen sind wir in

der Lage, auf die Anforderungen des Markts kurzfristig zu reagieren. Dies hat sich über die Jahre bewährt, da es sowohl Vorteile fürs Unternehmen und die Belegschaft bringt. Seither gehören Kurzarbeit und betriebsbedingte Kündigungen der Vergangenheit an.«

Die Branchenanalyse im Netz: www.igmetall.de/downloads ◀

Schreib- und Zeichengeräte

Ein spitzes Geschäft

Ob Kugelschreiber, Textmarker oder Luxusfüller: Schreibgeräte Made in Germany sind ein Exportschlager. Hergestellt werden sie in mittelständischen Betrieben, die oft auf eine jahrhundertlange Tradition zurückblicken können.

Künstler sind auf ihr Handwerkzeug angewiesen. Und wenn es perfekt ist, dann lieben sie es. Vincent van Gogh zum Beispiel schwärmt in einem Brief an seinen Malerkollegen Anthon van Rappard: »Ich wollte dir noch erzählen von einer Sorte von Bleistiften von Faber, die ich gefunden habe ... sie haben ein famoses Schwarz und man arbeitet damit sehr angenehm bei großen Studien.« Klar, dass Her-

steller Faber-Castell nicht verschweigt, dass der große Niederländer mit Produkten des Hauses gearbeitet hat. Der Nürnberger Schreibwarenhersteller ist typisch für die Branche. 1761 stellt der Schreiner Kaspar Faber aus Stein bei Nürnberg seine ersten »Bleyweisteffte« her und verkauft sie auf dem Nürnberger Markt. Das Unternehmen befindet sich seither in Familienbesitz und wurde durch die Einheirat der Grafen Castell-Rüdenhausen (1898) gewissermaßen »geadelt«. Heute arbeiten rund 5500 Beschäftigte in 15 Fertigungsstätten rund um den Globus für den Grafen.

Früher als andere Branchen internationalisierten die Stifthersteller ihr Geschäft. Faber-Castell zum Beispiel verkaufte über eine Agentur bereits 1843 Bleistifte in den USA und gründete 1849 in New York die erste Auslandsniederlassung.

Auch heute noch sind die Hersteller von Schreib- und Zeichengeräten stark export-

orientiert. 2003 wurden Waren im Wert von rund 468 Millionen Euro ins Ausland verkauft, Schwerpunkt Kugelschreiber und Dochtschreiber. Importiert wurden im gleichen Jahr Schreibgeräte im Wert von 182 Millionen, Schwerpunkt ebenfalls Kugel- und Dochtschreiber.

Vergleicht man die Stückzahlen dieses Austauschs von Schreibgeräten, stellt sich heraus: Es werden rund 400 Millionen Stück eingeführt und nur geringfügig mehr ausgeführt. Der Wert der Ausfuhren beträgt aber das 2,5fache der Einfuhren. Importiert wird vorwiegend Billigware, meist aus Fernost, in den Export gehen eher hochwertige Geräte. Billigschreiber sind beliebte Werbegeschenke. Die Discounter werfen zu Schuljahresbeginn unglaublich billige Füller, Filz- und Buntstifte auf den Markt. Insgesamt aber stagniert der Markt. Ob Billigkugelschreiber

Foto: Faber-Castell

Faber-Castell: »15 Fertigungsstätten rund um den Globus für den Grafen«



Foto: Werner Bachmeier

Satte Gewinn: »Gefragt ist Massenware oder sündhaft teure Chef-Füllfederhalter«

Kurzinfos

Marktlücke Zulieferer für die Kosmetikindustrie

Kosmetikstifte: Für den Hersteller Schwan-Stabilo ist das mehr als eine Marktlücke. Die holzgefassten Schminkstifte sind wesentlicher Teil des Sortiments. Viele der namhaften Kosmetikhersteller lassen bei Schwan produzieren und auch entwickeln. Das bringt nicht nur mehr Umsatz, sondern auch Probleme. Da die Vermarktung der Stifte über die Kosmetikfirmen erfolgt, sind diese Produkte anderen Marktmechanismen unterworfen als Schreibgeräte. Die

Auftraggeber üben erheblichen Preisdruck auf den Hersteller aus. Schwan-Stabilo, sonst selbstständig operierend, gerät so in die Rolle eines Zulieferers. ◀

Markenbewusstsein Kultobjekt Schreibwaren

Pilotprojekt von Faber-Castell: In bester Frankfurter Citylage wurde in Kooperation mit einem Fachhändler ein Laden eröffnet, der nur Waren des Nürnberger Herstellers anbietet. Den Kunden soll so ein stärkeres Markenbewusstsein vermittelt werden. ◀

im 50er-Set oder sündhaft teurerer Chef-Füllfederhalter: Die Bundesbürger sind zurückhaltend. 2003 wurden knapp 13 Prozent weniger Schreibgeräte produziert als im Vorjahr.

Dieser Abwärtstrend beim Umsatz wird von einer enormen Erhöhung der Produktivität begleitet (siehe Grafik unten). Knapp ein Viertel weniger Beschäftigte erarbeitet einen um fünf Prozentpunkte gesunkenen Umsatz (bezogen auf das Jahr 2000). Das schlägt sich auch im Produktionswert der Waren nieder: Dieser sank bei Faserschreibern zum Beispiel innerhalb von 12 Jahren von 0,24 Euro auf 0,23 Euro. Holzgefasste Stifte wurden ebenfalls billiger. Bei Füllbleistiften und Füllfedern hingegen geht der Trend zum höherwertigen Produkt.

Die Branche schreibt trotz Umsatzeinbußen schwarze Zahlen – dank der gestiegenen Produktivität. Das hindert die Unternehmen aber nicht, dem derzeitigen Trend folgend, von den Beschäftigten »Sonderopfer« zu verlangen. Bei Schwan-Stabilo zum Beispiel will die Geschäftsleitung die Arbeitszeit um vier unbezahlte Stunden pro Woche erhöhen, Zuschläge streichen und vieles anderes. Ein vom Betriebsrat beauftragter unabhängiger Gutachter stellte fest, dass der Betrieb außerordentlich gesund sei und die Renditen deutlich über dem deutschen und europäischen Durchschnitt lägen. Bei Faber-Castell konnte man 2003 den drittbesten Abschluss der 244-jährigen Firmengeschichte verzeichnen.

Der internationale Wettbewerb hat die bundesdeutschen Schreib- und Zeichengerätehersteller eingeholt. Weltweit operierende Konkurrenten wie der US-Hersteller Sanford drängen auf den stagnierenden deutschen Markt. Die Konsequenz der Unternehmer: Sie versuchen die Lohnkosten zu senken. Das Instrumentarium ist bekannt: Drohen mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer, der Versuch die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu verlängern, die Umgehung tariflich vereinbarter Leistungen. Diese Strategie wird zwangsläufig keinen Erfolg bringen. Denn mit der Massenware, die auf dem internationalen Markt billig angeboten wird, können die deutschen Firmen nicht konkurrieren. Die Marktchancen liegen bei den hochwertigen Produkten. Zu deren Entwicklung, Herstellung und Vertrieb aber bedarf es gutausgebildeter, motivierter und damit auch gut bezahlter Beschäftigter. ◀

Hans-Otto Wiebus

Interview

»Über die Marke profilieren«

metall sprach mit Heinz Pfäfflin vom IMU-Institut, Nürnberg. Er beobachtet seit Jahren die Schreib- und Zeichengeräteindustrie

metall: Die Schreib- und Zeichengeräteindustrie hat einen enormen Strukturwandel durchlaufen. Ist dieser Prozess abgeschlossen?

Pfäfflin: Die Betriebe sind jetzt hochindustriell ausgestattet, die Produktivität ist steil angestiegen. Gravierende Änderungen sind hier nicht zu erwarten. Wenn es den Unternehmen um Kostensenkung geht, dann bietet sich die Optimierung der Produktionsprozesse an. Da gibt es noch viel zu tun.

metall: Derzeit stagniert der Markt. Auf welchen Feldern sollte die Industrie aktiv werden?

Pfäfflin: Das hängt von der Firmengröße ab. Kleine Hersteller haben es einfacher, eine Nische zu besetzen. Die größeren sollten auf Differenzierung bauen. Die Profilierung über eine Marke ist sicher ein guter Weg. Der Stift oder auch der Füller als Edelprodukt, als unverwechselbares Stück, das im Trend liegt, ist eine Möglichkeit. Qualitativ hochwertige Massenprodukte, die sich oberhalb der Billigsegments etablieren, sollten die Luxuswaren ergänzen.

metall: Die Deutschen werden älter, also gibt es immer weniger Schüler, die einen

wichtigen Markt darstellen. Wird die gesamte Branche schrumpfen?

Pfäfflin: Den Schülerbedarf werden in noch stärkeren Maß als heute die Discounter decken. Diese Artikel können in Deutschland schwerlich hergestellt werden. Die Firmen sollten aber für die Kaufhäuser und den Fachhandel Niedrigpreisprodukte zukaufen, um auf allen Qualitätsstufen im Handel präsent zu sein.

metall: Besteht die Gefahr, dass die Produktion stärker noch als heute ausgelagert wird?

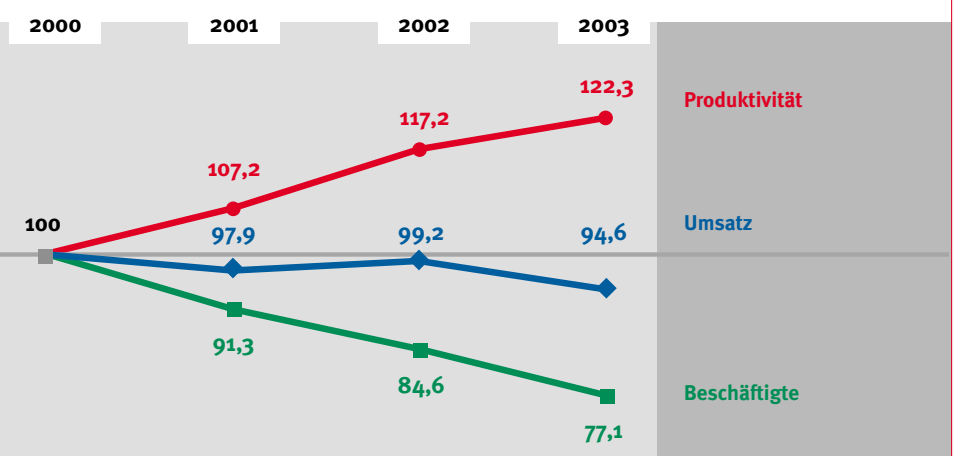
Pfäfflin: Natürlich. Das trifft ja auf die meisten Branchen zu. Entwicklung, Marketing und Vertrieb sind Bereiche, die wahrscheinlich nicht verlagert werden. Wenn die Firmen am Standort Deutschland bleiben wollen, dann müssen sie berücksichtigen, dass eine komplette Produktionsverlagerung keinen Sinn macht. Denn die Entwicklung von Produkten braucht stets eine enge Anbindung an die Produktion. ◀



Foto: Markus D. Schiller

Trends der Firmen im ISZ-Verband*

Umsatz, Beschäfte, Produktivität 2000 – 2003



*Im Schreib- und Zeichengerätsektor

Sinkender Umsatz bei weniger Beschäftigten: Die Unternehmer der Schreib- und Zeichengeräteindustrie machen trotzdem satte Gewinne, weil die Produktivität steigt.

Quelle: Statistik Industrieverband Schreiben, Zeichnen (ISZ) / eigene Berechnungen / © metall-grafik

Arbeit und Soziales

Was sich 2005 ändert

Im neuen Jahr treten weitere mit Hartz III und IV beschlossene Änderungen im Sozialgesetzbuch II und III in Kraft. 2005 markiert auch den schrittweisen Übergang von einer bislang vorgelagerten in eine nachgelagerte Besteuerung der Renten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.



Illustrationen: Martina Fosshag

Arbeit

Arbeitslosengeld II

Ab 1. Januar 2005 gibt es für Erwerbsfähige statt Arbeitslosen- oder Sozialhilfe Arbeitslosengeld II. Das ist wie die Sozialhilfe keine Versicherungs-, sondern eine Fürsorgeleistung und daher abhängig von der Bedürftigkeit. Auch Menschen mit geringem Einkommen können anspruchsberechtigt sein. Im Westen gibt es 345 Euro pro Monat und 331 Euro im Osten. Hinzu kommen unter anderem Kosten für Unterkunft und Heizung. Angehörige, die im gleichen Haushalt leben, erhalten ein so genanntes Sozialgeld. Für Kinder unter 15 Jahren gibt es 60 Prozent der Regelleistung. Bis zum 18. Lebensjahr sind es 80 Prozent. Partner und erwachsene Kinder erhalten 90 Prozent. Vermögen, Altersvorsorge sowie das Einkommen von Partnern werden angerechnet. Es gibt jedoch Freibeträge. Riesen-, Rürup-, und Betriebsrenten bleiben unberücksichtigt. Wer eine Arbeit ablehnt, muss mit Kürzungen um 30 Prozent rechnen. Beim Übergang von Arbeitslosengeld zu Arbeitslosengeld II gibt es auf zwei Jahre befristete Zuschläge.

Unterhaltsgeld

Wer an einer beruflichen Weiterbildung teilnimmt, bekommt nicht mehr Unterhaltssondern Arbeitslosengeld. Die Leistungshöhe bleibt gleich.

Arbeitslosengeldbemessung

Das Arbeitslosengeld wird künftig pro Kalendertag berechnet und maximal für 30 Tage pro Monat gezahlt. Es zählt der Verdienst der vergangenen ein bis zwei Jahre. Liegt kein ausreichender Berechnungszeitraum vor, wird das Nettoentgelt fiktiv nach vier Qualifikationsstufen ermittelt. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge werden pauschal, die Kirchensteuer wird nicht mehr abgezogen.

Anspruchsbeginn

Bisher fing der Anspruch auf Arbeitslosengeld in der Regel an, wenn sich jemand erwerbslos meldete. Künftig kann man bis zur Entscheidung, ob Arbeitslosengeld bewilligt wird, selbst bestimmen, ab wann gezahlt werden soll. Damit wird älteren Menschen die Möglichkeit eingeräumt, Arbeitslosen-

geld für eine längere Zeit zu erwerben, wenn sie beim Anspruchsbeginn ein höheres Lebensalter erreichen.

Sperrzeiten

Das Arbeitslosengeld kann jetzt für zwei Wochen gestrichen werden, wenn sich jemand unzureichend um eine neue Tätigkeit bemüht und für eine Woche, wenn ein Meldetermin versäumt wird. Eine Sperrzeit wegen Arbeitsablehnung wird jetzt auch für diejenigen verhängt, die sich bereits vor Eintritt der Erwerbslosigkeit arbeitssuchend melden und ein Angebot für den Zeitpunkt danach ablehnen.

Teilzeit

Erwerbslose müssen ab diesem Jahr nicht mehr bereit sein, Vollzeit zu arbeiten. Sie können ihre Arbeitsbereitschaft auf eine Teilzeittätigkeit beschränken, wenn diese versicherungspflichtig ist, mindestens 15 Stunden pro Woche umfasst sowie den üblichen Arbeitsmarktbedingungen entspricht. Das gleiche gilt für Heimarbeit, vorausgesetzt der Anspruch auf

Arbeitslosengeld wurde mit Heimarbeit erworben. ◀

Sozialversicherung

Rente – Alterseinkünftegesetz

Bislang wurde der Rentenbeitrag aus dem versteuerten Einkommen bezahlt. Das soll sich ändern. Die Steuer für die Beiträge sinkt ab diesem Jahr stetig. Gleichzeitig werden die Renten zunehmend stärker besteuert. Alle, die bereits im Ruhestand sind oder in diesem Jahr in Rente gehen, müssen die Hälfte ihrer Rente versteuern. Der steuerfreie Anteil für 2005 wird dann für die Zukunft als Freibetrag festgeschrieben. Eine Rente bis zu 18 900 Euro (Ehepaare: 37 800) wird nicht besteuert, vorausgesetzt man hat keine weiteren Einkünfte. Bis zum Jahr 2040 erhöht sich der zu versteuernde Anteil schrittweise auf 100 Prozent. Im Gegenzug sind ab 2005 60 Prozent der Beiträge zur Altersvorsorge absetzbar, höchstens jedoch 12 000 Euro pro Jahr (Ehepaare: 24 000). Der steuerfreie Anteil steigt jährlich um

zwei Prozent. Ab 2025 sind es dann 100 Prozent, maximal jedoch 20 000 Euro pro Jahr. Das gilt auch für Renten aus berufsständischen Versorgungswerken und aus Leibrentenversicherungen, wenn diese die Förderkriterien erfüllen.

Betriebsrente

Beschäftigte können jetzt das bei einem Betrieb angehäufte Guthaben zu einem anderen Unternehmen mitnehmen. Der Arbeitgeber kann die Anwartschaft auf einen neuen Vertrag übertragen oder den alten weiterführen. Für alle im neuen Jahr abgeschlossenen Direktversicherungen entfällt die Pauschalsteuer. Dafür gibt es einen jährlichen zusätzlichen Steuerfreibetrag: Neben den maximal vier Prozent des Bruttoeinkommens, höchstens jedoch 2496 Euro, sind weitere 1800 Euro steuerfrei einzahlbar. Die im Ruhestand ausgezahlten Betriebsrenten sind voll zu versteuern.

Lebensversicherungen

Im neuen Jahr entfällt das Steuerprivileg für neu abgeschlossene Kapitallebensversiche-

rungen. Verträge mit mindestens zwölfjähriger Laufzeit, die erst nach dem 60. Lebensjahr ausgezahlt werden, sind hälftig zu besteuern. Werden diese Kriterien nicht erfüllt, ist der gesamte Ertrag zu versteuern.

Rürup-Rente

Künftig kann eine neue steuerbegünstigte private Rentenversicherung abgeschlossen werden. Diese neue Altersvorsorge ist nicht beleihbar, vererbbar, übertragbar oder veräußerbar. Sie wird erst ab dem 60. Lebensjahr in Monatsraten ausgezahlt. Diese sind dann wie bei der gesetzlichen Rente zu versteuern.

Riester-Rente

Die staatliche Zulage für die zusätzliche Altersvorsorge muss jetzt nicht mehr jährlich beantragt werden. Ab diesem Jahr reicht es ein Mal einen so genannten Dauerzulageantrag bei der Versicherung zu stellen. Weitere Änderungen: Versi-

cherte können jetzt bis zu 30 Prozent, zuvor waren es 20 Prozent, des angesparten Kapitals am Ende der Vertragslaufzeit entnehmen, ohne die erhaltenen Fördergelder zu verlieren.



Den Rest erhalten sie in Monatsraten. Die Versicherten brauchen Einkommensänderungen nicht mehr mitzuteilen. Das macht jetzt die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA). Ab 2005 verdoppelt sich der mindestens selbst zu zahlende Sockelbeitrag für Versicherte ohne Nachwuchs auf 90 Euro, mit einem Kind auf 75 Euro, ab zwei Kindern auf 60 Euro jährlich.

Anrechnungszeiten und Höherbewertung

Bisher wurde ein Schulbesuch oder Studium ab dem 17. Lebensjahr mit bis zu drei Jahren und maximal 0,75 Entgeltpunkt pro Jahr bei der Rentenhöhe angerechnet. Gemäß dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz wird das bis 2008 schrittweise abgeschafft. Ab 2009 sind nur noch Fachschulausbildungen und berufsvorbereitende Bildungsmöglichkeiten zu berücksichtigen. Zudem werden unterdurchschnittliche Beiträge in den ersten drei Arbeitsjahren dann nur noch für Ausbildungszeiten aufgewertet.

Nachhaltigkeitsfaktor

Bei der Berechnung der jährlichen Rentenanpassung spielt jetzt auch der neu eingeführte so genannte Nachhaltigkeitsfaktor eine Rolle. Er spiegelt das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern wider. ◀

Text: Carmela Mudulu



Änderungen 2005
im Internet ► www.igmetall.de/recht_und_rat/aenderungen2005.html

Ausblick 2006

Arbeitslosengeld

Einen Anspruch hat ab Februar 2006 nur wer innerhalb der vergangenen zwei Jahre für zwölf Monate versicherungspflichtig beschäftigt war. Bislang liegt die Rahmenfrist bei drei Jahren. Sie verlängert sich dann nicht mehr für Zeiten von Unterhalts-geldbezug, Selbstständigkeit sowie Angehörigenpflege. Stattdessen ist unter bestimmten Bedingungen eine freiwillige Arbeitslosenversicherung für Pflegende, Existenzgründer sowie Beschäftigte, die sich vorü-

bergehend im Ausland aufhalten, möglich.

Arbeitslosengeld gibt es ab kommenden Jahr nur noch für maximal zwölf Monate. Wer älter als 55 Jahre ist, bekommt es für 18 Monate. Wehr- und Zivildienstleistende sind dann zwar automatisch arbeitslos versichert. Daraus allein entsteht aber kein Anspruch.

Sperrzeiten wegen Arbeitsaufgabe werden angerechnet, wenn es um ein vollständiges Erlöschen des Leistungsanspruchs geht. Das ist bei einer Gesamtdauer der Sperr-

zeiten von 21 Wochen der Fall.

Riester-Rente

Es werden einheitliche Tarife sowohl für Frauen als auch für Männer eingeführt.

Renteneintrittsalter

Die Altersgrenze für Frührente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit wird für die Geburtsjahrgänge ab 1946 in Monats-schritten von 60 auf 63 Jahre angehoben. Wer vor dem 1. Januar 1952 geboren ist, genießt unter anderem Vertrauensschutz, wenn das

Arbeitsverhältnis vor dem 1. Januar 2004 beendet oder Alters-teilzeit vereinbart wurde.

Rentanpassung

Sie orientiert sich fortan an den beitragspflichtigen Brutto-entgelten. Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze und Beamtenbezüge bleiben damit unberücksichtigt.

Altersentlastungsbetrag

Die Steuerentlastung wird schrittweise gesenkt und bis 2040 ganz abgeschafft. ◀

Tipps

**Altersteilzeiter
Geringere Beiträge**

Altersteilzeiter in der Freistellungsphase müssen nur den ermäßigten Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenkasse zahlen. In dem Urteil des Bundessozial-

Beispiel während der Altersteilzeit 1500 Euro verdient und bei der AOK Bremen versichert ist, zahlt statt 14,5 nur 13,3 Prozent. Er spart monatlich 18 Euro. Die schon zu viel gezahlten Beiträge können mit künftigen

Beiträge ab 2001 zurückgefordert werden. Mehr Informationen gibt es auch unter www.aok-business.de. ◀

**Arbeitslosengeld II
Ratgeber für Betroffene**

Zahlreiche Tipps, die bares Geld wert sein können, enthält der Ratgeber »Arbeitslosengeld II« der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen- und Arbeitslosenverbände. Neben umfangreichen Informationen bietet der Ratgeber auch praktische Arbeitshilfen und Checklisten, etwa um den eigenen Vermögensfreibetrag ausrechnen zu können oder um zu prüfen, ob im Bescheid auch alle zustehenden Absetz- und Freibeträge bei der Anrechnung von Einkommen berücksichtigt wurden. Darüber hinaus enthält der Ratgeber Musterschreiben für Widersprüche und Klagen. Auch werden die Möglichkeiten der rechtlichen Gegenwehr erläutert, wenn Anträge auf Arbeits-

losengeld II von den Ämtern abgelehnt wurden.

Der Ratgeber kostet 3 Euro zuzüglich Porto und kann schriftlich über die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosenverbände, Märkisches Ufer 28, 10179 Berlin, Telefax: 030-868 76 70 21, E-Mail: info@erwerbslos.de, bestellt werden. ◀

Internet

www.igmetall.de/metall

Auf der Homepage der IG Metall kann jetzt der Tafelkalender 2005 als pdf-Datei heruntergeladen werden. ◀

www.arbeitnehmerkammer.de

Die Arbeitnehmerkammer Bremen bietet informative Faltblätter zum kostenlosen Download an, mit denen man Antworten zu beispielsweise Gesundheit, Mobbing im Betrieb oder Arbeitslosengeld II finden kann. ◀



Foto: ddp / R. Michael

Altersteilzeiter: nur den ermäßigten Beitragssatz zahlen

gerichts begründen die Richter ihre Entscheidung damit, dass freigestellte Altersteilzeiter nicht alle Leistungen der Kasse erhalten.

Der ermäßigte Beitragssatz ist mindestens einen Prozentpunkt niedriger als der Volle. Wer zum

Beiträgen verrechnet oder, wenn das nicht mehr geht, zurück erstattet werden. Voraussetzung: Der oder die Versicherte oder sein Arbeitgeber beantragt das bei der Krankenkasse. Die Ansprüche verjähren nach vier Jahren. Dieses Jahr können zu hohe

Urteile

Abfindungen

Sozialplanabfindungen werden, wenn nichts anderes vereinbart ist, zum Ende des Arbeitsverhältnisses fällig. Dasselbe gilt für einzelvertraglich zugesagte Abfindungen, etwa wenn in einem Vergleich eine steuerfreie Abfindung (nach Paragraphen 9 und 10 Kündigungsschutzgesetz) zugesagt und kein anderer Zahlungstermin vereinbart wird.

**BAG – 2 AZR 630/03
vom 15. Juli 2004**

Kündigungen

Wenn ein Arbeitgeber einen ordentlich unkündbaren Arbeitnehmer wegen Wegfall seines Arbeitsplatzes entlassen will, können erhebliche Anstrengungen von ihm verlangt werden, eine andere Beschäfti-

gungsmöglichkeit zu finden. Der Arbeitnehmer muss dabei kooperieren. Krankheit kann ein wichtiger Grund für eine außerordentliche Kündigung im Sinne des Paragraphen 626 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) sein. Liegt eine schon länger andauernde Krankheit vor, handelt es sich um einen Dauerkündigungsgrund. Das hat zur Folge, dass bei einer Kündigung weder die Zwei-Wochen-Frist des Paragraphen 626 BGB noch die des Paragraphen 91 SGB IX gewahrt werden muss.

**Bundesarbeitsgericht (BAG) –
2 AZR 36/04 vom 13. Mai 2004**

Aus-/Weiterbildung

Finanziert der Arbeitgeber eine Aus- oder Weiterbildung, mit der der Arbeitnehmer auch eine anderweitig verwertbare Qualifika-

tion erwirbt, kann eine Rückzahlung vereinbart werden. Darin verpflichtet sich der Beschäftigte, die Kosten zu erstatten, wenn er innerhalb eines bestimmten Zeitraums kündigt. Allerdings darf die Zeit, für die er sich an den Betrieb binden muss, nicht zu lang sein. Außerdem gilt der Grundsatz, dass nur dann eine Rückzahlung verlangt werden kann, wenn die Gründe für das vorzeitige Ausscheiden nicht ausschließlich beim Arbeitgeber liegen. Das wäre beispielsweise der Fall, wenn dem Beschäftigten betriebsbedingt gekündigt würde. Verhält sich ein Arbeitnehmer vertragswidrig und eine Kündigung war darum gerechtfertigt, kann auch dann die Rückzahlung verlangt werden.

**BAG – 6 AZR 383/03
vom 24. Juni 2004**

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-6693-24 45, Fax 069-6693-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)
Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Sylvia Koppelberg,
Antonela Pelivan, Gabriele Prein,

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Fotorecherche: Michael Schinke
Sekretariat: Ellen Sander

Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon 061 51-81 27-0, Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: wedel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-6693-22 24, Fax 069-6693-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr).
Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: APM AG, Kleyerstraße 3,
64295 Darmstadt.



Urlaubsangebote für IG Metall-Mitglieder

Raus aus dem Alltag

Lüneburger Heide

Infos zu den vier Ferienhäusern der IG Metall im Naturschutzpark Lüneburger Heide bei: Olaf Peters, Undelohr Straße 7, 21271 Asendorf/Dierkshausen, Telefon 04184-8887-31, Fax 04184-8887-16. ◀

Sylt bis Côte d'Azur

Hotels, Wohnungen und Bungalows hat das Gemeinnützige Erholungswerk, der Partner der IG Bauen-Agrar-Umwelt. Urlaubsziele: Sylt, Usedom, Müritz, Chiemsee, Westallgäu, Berlin, Oberharz, Südfrankreich, Gardasee und Kroatien. Neu im Angebot: Im Ferienzentrum Yachthafen Rechlin direkt an der Müritz, kann ein –

führerscheinfreies – Hausboot für vier Personen angemietet werden. IG Metall-Mitglieder erhalten – je nach Saison – bis zu 30 Prozent Rabatt*. Infos: GEW, Benzstraße 11, 61352 Bad Homburg, Telefon 01805-4393-37, Fax 06172-6811-310. kontakt@ferien-igbau.de, www.ferien-igbau.de ◀

Dänemark

In zehn familienfreundlichen Ferienzentren vermittelt die dänische Schwestergewerkschaft über tausend Ferienhäuser sowie Wohnungen, die am Meer, Sund oder Fjord liegen. IG Metall-Mitglied erhalten 15 Prozent Rabatt* auf Mini- und Wochenferien. Infos: Dansk FolkeFerie,

Gl. Kongevej 33, DK-1610 Kopenhagen V, Telefon 0045-33 27-65 00/-65 03/-65 04, Fax 0045-33 27-65 92. ◀

Am Fuß der Zugspitze

Haus Hammersbach ist das Ferienhotel der Transnet-Gewerkschaft. Infos: Haus Hammersbach, Kreuzeckweg 2-6, 82491 Grainau, Telefon: 088 21-98 30, Fax 088 21-98 34-00, E-Mail: haus-hammersbach@t-online.de, Internet: www.haus-hammersbach.de ◀

Österreich

In Bad Hofgastein, Hartberg, Krumpendorf und Velden am Wörthersee liegen die Ferienhäuser und -wohnungen des Urlaubsvereins der österreichischen Gewerkschaft Metall-Textil. IG Metall-Mitglieder haben die gleichen Vergünstigungen* wie ihre österreichischen Kollegen. Infos: Urlaubs-

verein der Gewerkschaft Metall-Textil, Plößlgasse 15, A-1041 Wien, Telefon 0043-1501-46-211/-212, Fax 0043-1501-46-13211, Internet: www.metaller.at/urlaub ◀

Schweiz, Italien

Die Hotels, Ferienhäuser und Wohnungen der schweizerischen Gewerkschaft Unia liegen am Vierwaldstättersee, am Genfersee, im Berner Oberland, in Tessin, in der Innerschweiz im Waadtländer Jura, im Appenzeller Land und in einem Feriendorf am Meer in der Toscana, Italien. Auf alle regulären Preise gibt es bis zu 20 Prozent Rabatt* für IG Metall-Mitglieder. Infos und Buchung: Unia Ferien, Weltpoststraße 20, CH-3000 Bern 15, Telefon 0041-31350-2267, Fax 0041-31350-2244, E-Mail: ferien@unia.ch, Internet: www.ferien.unia.ch ◀

*Unter Vorlage des IG Metall-Ausweises

»Initiative neue soziale Marktwirtschaft«

Das Netzwerk der Sabine Christiansen

Kaum eine Sendung polarisiert mehr als »Sabine Christiansen«. Die Linken schalten auf andere Sender um. Der Rest liebt die Katastrophendiagnose. Kein Wunder: Denn vor allem Wirtschaft und Union kommen zu Wort.



Christiansen mit Freund Manfred Schneider: Meisterin im Kontakte knüpfen

Sabine Christiansen ist nah dran an der Wirtschaft. Der Mann an ihrer Seite: Manfred Schneider. Aufsichtsratschef von Bayer Leverkusen und der Linde AG. Außerdem sitzt er im Aufsichtsrat der Allianz Versicherung, bei DaimlerChrysler, beim Einzelhandelsmulti Metro, beim Reiseveranstalter TUI und beim Energieversorger RWE. Ein Mann mit Kontakten also. Wie auch seine Freundin Sabine Christiansen.

Die Moderatorin holt jeden Sonntagabend zur besten Sendezeit bis zu sechs Millionen Zuschauer aufs Sofa. Damit ist sie fast schon eine Institution, die vor allem Politiker der Union wie Friedrich Merz mit Lob überschütten: »Diese Sendung bestimmt die politische Agenda in Deutschland mittlerweile mehr als der deutsche Bundestag.«

Unionsnah und wirtschaftsfreundlich sind auch die Themen der Sendungen: »Unser Kündigungsschutz – wirklich ein Jobkiller«, »Erhards Erbe: Aus welchem Geist entstehen

Wirtschaftswunder?« oder »40 Stunden und länger: Müssen wir wieder mehr schuften?«

»Die Thesen, die Sabine Christiansen in ihrer Sendung vertritt, sind die der »Initiative neue soziale Marktwirtschaft«, analysiert der Berliner Politologe Rudolf Speth. Eine Initiative, die Gesamtmetall-Chef Martin Kannegiesser mit dem Auftrag gründete, wirtschaftsliberale Einstellungen mehrheitsfähig zu machen. Oder einfacher gesagt: Die Wirtschaft in den Medien reden zu lassen. Oder wie es Deutschlands bekanntester Headhunter und Sympathisant der Initiative, Dieter Rickert, formuliert: »Politische Botschaften so wie bei der »Sendung mit der Maus.«

Die Wirtschaft kommt bei Sabine Christiansen nicht nur oft zu Wort. Sondern: Die Bosse erhalten immer Recht. Nur selten wird der Zuschauer mit präzisen Informationen gefüttert. »Allsonntäglich tritt so eine große Koalition der Systemüberwinder gegen ihr Volk an«, schreibt der

Publizist Walter van Rossum in seinem Buch »Meine Sonntage mit Sabine Christiansen – Wie das Palaver uns regiert«.

Christiansens Gästeliste liest sich wie ein »Who is who« des deutschen Kapitals. Davon lebt eine Talkshow: von großen Namen. Und genau darin ist die Moderatorin Meisterin. Sie kennt gewichtige Leute. Sie hat die Handynummer von FDP-Chef Guido Westerwelle. Und sie hat Helfer, die ihr die Manager in die Sendung hieven.

Zum Beispiel Hans-Erich Bilges. Ehemaliger »Bild«-Chef und heute Vorstandsmitglied der schlagzeilenerprobten Beratungsfirma WMP. Bilges rühmt sich gerne mit seinen guten Beziehungen zu Sabine Christiansen. Sogar via der »Financial Times Deutschland«. In Bilges WMP wiederum sitzt ein weiterer bekannter Berater als Aufsichtsratsmitglied: Roland Berger. Und der wiederum ist Galionsfigur der Initiative der Bosse. Auch zu einem anderen Bot-

schafter der wirtschaftsliberalen »Initiative« hat Sabine Christiansen einen direkten Draht: CDU-Politiker Lothar Späth. Christiansens Firma TV21 produzierte bis Anfang 2003 die MDR Talkshow »Gysi und Späth«. Späth wiederum ist ebenfalls einer der Botschafter der »Initiative«.

Klar, dass solche Netzwerke helfen, Talkshows mit Gesinnungsgenossen zu besetzen. Klar, auch, dass dies niemand zugibt. Frau Christiansen gegenüber **metall**: »Seit der ersten Sendung ist es uns gelungen, die Runden ausgewogen zu besetzen.« Die Frage, ob sie mit der »Initiative neue soziale Marktwirtschaft« sympathisiert, will sie nicht beantworten. Weil – wie ihr Sprecher betont – Redaktion und Moderatorin unabhängig sind. Und so bleibt dem kritischen Zuschauer wohl nur eins: sonntagsabends nach dem »Tatort« direkt ins Bett zu gehen. ◀

Susanne Rohmund

Martin Kannegiesser: Häufiger Gast

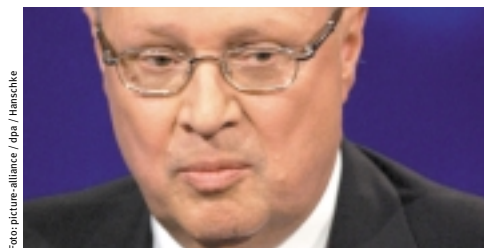


Foto: picture-alliance / dpa / Henschke

Sabine Christiansen: Lob von der Union

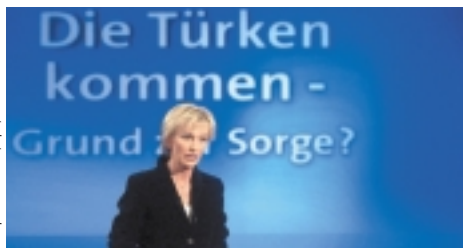


Foto: picture-alliance / dpa / Metelsien

Lothar Späth: Botschafter der Wirtschaftsliberalen



Foto: picture-alliance / ZB / Schindler

Monatsrätsel ...

Zustand körperl. Wohlbefindens	Prüfverfahren mehrfarbig	Lehrer vom Körperbau	französische Chansonette	Laut eines Grautieres	alle Mitarbeiter einer Firma
Stadt in Unterfranken			Weberkamm	5	
	8	Grundstück			weibliches Märchenwesen
		Stern im „Adler“			
Brauch, Gewohnheit	2		15	Vorgesetzter gr. Vorsilbe für: erd...	
Verbrechen		Staat in Westafrika		10	Autokz. v. Gelsenkirchen
		indian. Siegestrophäe		Sonnenland der gr. Sage	
Sprengstoff (Abkürzung)		Fortpflanzungszelle		germ. Gott	
		Starter im Auto	13	die Goldene Stadt	11
			internat. Rohstoffkartell		Eintritt, Eintrittsgeld
	14		Grautier		
erdfarber Stoff			Segelquerstange am Mast		
Name eines finn. Sees				1	
Fluss in Straßburg		Autokz. v. Starnberg		Autokz. v. Ansbach	
Teilstrecke		Dichter, Lyriker		digit. Netzwerk (Abk.)	
			12	schäd. Stoff	
			Stadt in Westfalen		
Teil des Klaviers	Reifeprüfung (Kurzwort)	Lurch		Straße (Abk.)	
		zehn (engl.)	6	ungeglättet	
			1. dt. TV-Programm (Abk.)		7
	3			Europastraße (Abk.)	
Gartenteil			wildes, unbändiges Kind		
Substanz im Kopf	4				
			9	Leichtmetall (Kurzwort)	

Lösungswort Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 28. Februar 2005 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus November: Betriebspolitik

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder
 ► zehn IG Metall-Feuerzeuge,
 zur Verfügung gestellt von der Volksfürsorge
 Versicherungsgruppe.

► fünf IG Metall-Autosicherheitswesten als Extrapreis.
 Zusätzlich verlosen wir
 zwei IG Metall-Fußbälle

Der Zusatzgewinn im November:
 Je ein IG Metall-Fußball geht an:
 Udo Eskau, Hamburg
 Peter Blandzinski, Würzburg

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:



1. Preis:
Eine IG Metall-Wanduhr aus Edelstahl



2. Preis:
Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



3. Preis:
Ein Multi-Funktionswerkzeug »Leatherman« aus Edelstahl

Drei-Monats-Rätsel ...

Teil 1-2

1	2	3	4	5
CK	NA	D	TE	IE
EI	H	WA	TI	HR
SE	ES	ST	R	B

Die Balken sind etwas durcheinander geraten. Stellen Sie sie in richtiger Reihenfolge auf, damit Sie dann, fortlaufend in drei Zeilen, den ersten und zweiten Teil unseres Drei-Monats-Rätsels ablesen können.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus Teil 1-2 und 3 auf eine Postkarte schreiben und bis 31. März 2005 einsenden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie pro Quartal einen der drei Hauptpreise und einen von zehn Gutscheinen für die Büchergilde Gutenberg im Wert von 25 Euro gewinnen, gestiftet von der BHW-Leben. Und als weiteres Extra: eine ACE-Klubmitgliedschaft für ein Jahr im Wert von 51 Euro.

Zu Besuch bei . . .

Jutta Blankau

Frauenpower an der Küste: Die Hamburgerin Jutta Blankau ist seit Januar Bezirksleiterin der IG Metall. Damit steht erstmalig eine Frau an der Spitze eines Bezirks.

metall-Redakteurin Susanne Rohmund traf Jutta Blankau am Hamburger Hafen und anschließend auf eine Tasse Kaffee in ihrem Büro.



Foto: Kristina Jentsch

Bezirksleiterin Küste, Hamburger SPD-Vizechefin und Mutter Jutta Blankau

Ortstermin Hamburger Hafen. Schiffe so groß wie Wohnungen. Männer mit wettergegerbter Haut. Hände wie Pranken. Kräfte wie Bären. Dazwischen Jutta Blankau. Kurzes graues Haar. Kleine Lachfalten um die Augen. Jeans. Cordjacke. Größe: 1,60 Meter. Ein Mensch, der nicht mit den Händen, sondern mit den Augen spricht. Die Gegensätze könnten nicht stärker sein.

Dennoch: Die zierliche Frau passt hierher. Hier am Hafen ist sie in ihrem Element. Jutta Blankau wuchs in Hamburg auf. »Am Wasser«, sagt sie mit Sehnsucht in der Stimme als sie auf die Wellen der Elbe hinausschaut. Dann zeigt die 50jährige rüber auf den Hamburger Michel: »Dort, beim Deutschen Ring, habe ich meine Lehre als Versicherungskauffrau gemacht.« Anschließend studierte sie Geschichte und Jura und war unter anderem Präsidentin des Studentenparlaments. Seit 16 Jahren arbeitet sie bei der IG Metall. Seit Ewigkeiten ist sie SPD-Mitglied und seit 2002 Vizechefin der Hamburger Sozialdemokraten.

Jutta Blankau hat Energie. Auf die Frage ob sie Macht mag, kommt eine prompt Antwort: »Klar mag ich Macht! Ohne Macht könnte ich politisch ja nichts verändern.« Die Bezirksleiterin passt in die raue Männergesellschaft des Nordens und der IG Metall. Sie ist ein Mensch, den man spürt, wenn er den Raum betritt. Eine Frau mit Aura. »Als Kind

war ich sehr schüchtern. Aber das glaubt mir heute ja sowieso keiner mehr«, lacht Jutta Blankau. Heute ist die Bezirksleiterin bekannt für ihre leidenschaftlichen Reden, die ein feiner, norddeutscher Akzent begleitet. Sie ist geschätzt für ihre Sachkundigkeit und ihre Weitsicht. Mit der hat sie beispielsweise vor mehr als fünfzehn Jahren den Stufenplan mitausgehandelt, der die Angleichung der Ostlöhne an die Löhne im Westen regelte. Und den andere Bezirke übernahmen. Stolz ist sie auch auf den ERA-Pilot-Abschluss des Bezirks Küste, der die tarifliche Trennung von Arbeitern und Angestellten aufhebt. Solche Abschlüsse machen ihr Mut. Aber gibt es auch Niederlagen in ihrem Leben? »Ja. Die Härtefall-Regelungen in den Werften, beim Vulkan-Zusammenbruch und beim Diesel Motorenwerk Rostock. Das waren die dunkelsten Stunden«, sagt sie.

Und die Zukunft? Auf ihrem Schreibtisch im Büro steht ein Berliner Bär auf dem Kopf. »Ein Geschenk meiner Schwester, die in Berlin lebt. Weil ich künftig sicherlich einige Kopfstände machen muss«, erklärt die Bezirksleiterin mit einem Augenzwinkern. Im Regal liegt noch ein weiteres Symbol: ein Staffelholz, das Vorgänger Frank Teichmüller ihr übergeben hat. Sie hat sein altes Büro bezogen. Bislang hat sie nicht viel verän-

dert. Nur den lederen Bürostuhl hat sie ausgetauscht. Und wer genau hinschaut, bemerkt noch eine kleine Veränderung. Auf dem Flip-Chart, auf dem sonst nur gewichtige Stichworte prangen, hat sich jemand zu Wort gemeldet: Mieke Rosenfeldt, die 9jährige Tochter der Bezirksleiterin: »Liebe Mama! Lies das JETZT: Ich liebe Dich, Deine Mieke«. Und damit ist ein politisches Ziel schon fast

selbsterklärend: »Ich will mich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen«, betont die Metallerin. Und dazu gehören nicht nur

gleiche Löhne für gleiche Arbeit, sondern auch Arbeitszeitflexibilisierung und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. »Letztendlich müssen wir uns doch die Frage stellen: Wie wollen wir und unsere Kinder in zehn Jahren leben? Demokratisch und gerecht? Oder in einem individualistischen System nach amerikanischem Vorbild?«

Mutter, Ehefrau, Bezirksleiterin und SPD-Vizechefin in Hamburg – wie will Jutta Blankau dieses Pensum schaffen? Sie hat darauf eine klare Antwort: »Das wichtigste ist meine Familie.« Gleich danach kommt die gewerkschaftlich Arbeit. Und dann die Politik. »Die SPD muss künftig eben ein bisschen zurückstehen.« ◀

»Als Kind war ich sehr schüchtern. Aber das glaubt mir heute ja sowie so keiner mehr.«



Hamburg

BEZIRK KÜSTE

Berlin

Hannover

BEZIRK
HANNOVER

BEZIRK NRW

Düsseldorf

BEZIRK
BERLIN/
BRANDENBURG/
SACHSEN

Frankfurt

BEZIRK
FRANKFURT
AM MAIN

BEZIRK BAYERN

Stuttgart

BEZIRK
BADEN-
WÜRTTEMBERG

München



Empfänger: